

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

- › **Aus für Polnisches Zentrum?**
Falsches Signal für gemeinsames Europa Seite 3
- › **Tödliche Gefahren**
Wenn Minen Kriege „verlängern“ Seite 6
- › **Exklusiv für LN übersetzt**
Theoretisch-analytisches Dokument zum „Prager Frühling“ Seite 7
- › **Blättern im LN-Archiv**
Wir lesen in den Jahren 2001 bis 2003 Seiten 8 -10
- › **Währung spaltete Deutschland**
Das Geld wurde 1947 in den USA gedruckt Seite 13

12
2008

1,30
Euro

16. Jahrgang
13. Juni
www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

W
A
L
L
R
A
F
F
in
Leipzig

Drei
Stunden
Fragen
und
Disput



Wovor haben
Arbeiter
und
Angestellte
Angst?

Foto: Märker

„Es gehört Mut dazu, sich einer Angst zu stellen und sie auszuhalten.“
„Angst ist eine der Hauptquellen der Grausamkeit.“
Es bereitet wenig Mühe diese Zeitungsseite mit „ängstlichen Zitaten“, von berühmten Leuten aufge-

schrieben, zu füllen. Seit Menschengedenken bestimmen Ängste Entscheidungen und prägen Verhaltensweisen.
Und seit Wochen und Monaten und Jahren bestimmt dieses Gefühl offenbar zunehmend wieder Alltag und

Beruf. Gepaart mit Unsicherheit über gesellschaftliche Verhältnisse und Zustände. Grund genug, sich auszutauschen, zu reden und zu fragen. Viele taten das kürzlich mit Günther Wallraff in Leipzig. LN war dabei. Seite 4

Nun aber action, Herr Bürgermeister Albrecht!

Die Ratsversammlung vom 17. Oktober 2007 beschloss auf Antrag der Linksfraktion eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema „Die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Situation in Leipzig und Schlussfolgerungen“. Diese sollte im ersten Quartal dieses Jahres stattfinden.

Die Ratsversammlung vom 16. Januar ergänzte - wiederum auf Antrag der Linksfraktion - dass auf dieser Sondersitzung ein „lokaler Aktionsplan Beschäftigung“ beraten und beschlossen wird.

Trotz der über Monate andauernden Zeitverzögerung, trotz unserer Interventionen im federführenden Fachausschuss für Wirtschaft und Arbeit, trotz zweier Mahnbriefe unserer Fraktion an den Oberbürgermeister, die die Defizite in der Vorbereitung thematisierten, müssen wir inzwischen davon ausgehen, dass auf der Sondersitzung am 25. Juni - immerhin drei Monate später - keine Beschlussfassung für die politischen Schwerpunkte Wirtschaft und Arbeit möglich sein wird. Die Ursachen für diese unbefriedigende Situation liegen für uns vor allem darin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit über Monate hinweg nicht in die Arbeit einbezogen wurde. Darüber hinaus war die Abstimmung mit den lokalen Akteuren lange Zeit unzureichend.

Der Beschlusstext liegt uns nun seit Anfang Juni vor. Doch fehlen darin die Grundvoraussetzungen für lokale Pläne, nämlich eine Analyse des Ist-Zustandes und die entsprechenden Schlussfolgerungen. Wir halten eine Qualifizierung der Vorlage und die Diskussion mit den regionalen Akteuren in den nächsten Monaten für zwingend erforderlich.

Daher bringt die Linksfraktion einen entsprechenden Antrag ins parlamentarische Verfahren. Unser Antrag will die Vorlage „Leipziger Aktionsplan Beschäftigung“ qualifizieren durch eine politische Bewertung der derzeitigen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in der Leipziger Region und daraus abzuleitende Zielstellungen der Verwaltung. Anschließend muss diese den verantwortlichen Akteuren (IHK, HWK, Agentur für Arbeit, ARGE, Gewerkschaften sowie den Landkreisen) zur Stellungnahme vorgelegt und im Oktober vom Stadtrat beraten und beschlossen werden.

• ILSE LAUTER

Cornelia Ernst:

Wahlziel erreicht

LN. Wir sind sehr zufrieden. Die sächsische LINKE konnte ihre kommunalpolitische Kompetenz untermauern und wir haben unser Wahlziel – mindestens den zweiten Platz – erreichen können. In vier Kreisen konnten wir damit am 22. Juni einen weiteren Wahlgang erzwingen. Mit dem Ergebnis unseres Kandida-

ten Dr. Klaus Sühl haben wir im Kampf um den Oberbürgermeister in Dresden unser Wahlziel erreicht: Mit unserem zweiten Platz muss sich die CDU einem zweiten Wahlgang stellen. LINKE Bürgermeisterinnen wird es – nach den ersten Auszählungen – in Böhlen und Berthelsdorf geben. Herzlichen Glückwunsch an Maria Gangloff und Janet Jähne. Mit überzeugender Politik und einem fri-

schen, engagierten Wahlkampf haben wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewonnen. Das macht uns stolz und nimmt uns in die Pflicht. Erschreckend sind die Ergebnisse der Nazis, die landesweit um die fünf Prozent liegen. Mit demagogischem Gespür hat die NPD soziale Themen instrumentalisiert und bewusst Ängste der Bürgerinnen und Bürger geschürt. (Siehe auch Seite 5)

Hans-Kurt Hill:

Gaspreis halbieren

LN. „Für Privathaushalte mit kleinem Geldbeutel muss der Gaspreis halbiert werden“, erklärt der energiepolitische Sprecher der LINKEN-Bundestagsfraktion Hans-Kurt Hill. Finanziert werden könne dies aus den aufgrund der gestiegenen Energiepreise höheren Mehrwertsteuereinnahmen. „Es

kann nicht sein, dass Finanzminister Peer Steinbrück mit den Profiten des Energiekartells den Haushalt saniert.“ Hill weiter: „Die Bundesregierung lässt die Verbraucherinnen und Verbraucher mit den explodierenden Heizkosten allein. So liegt die Änderung des Wohngeldgesetzes auf Halde, weil sich der Bund nicht mit den Ländern über die Mittelverteilung einigen kann.“



Wolfgang Denecke
arbeitsmarkt-politischer Sprecher der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat

LN. Die Leipzig Mobil Card ist im Stadtrat beschlossen. Nun fragen sich aber doch – bei aller Freude – auch Leipziger: Wo kommen die Gelder her? Es sind ja Millionenbeträge, sie reichen von einer bis zu drei Millionen Euro...
W. D.: Die Zahlen stehen für zwei Zeiträume. Die 1,4 Millionen mit denen gerechnet wird, die werden für ein Jahr benötigt. Und für den jetzt angedachten Zeitraum bis 2010 stehen die 3,5 Millionen Euro.

Die Card ist nun zunächst für einen bestimmten Zeitraum „genehmigt“ worden. Warum?
Es soll erst einmal beobachtet werden, wie wird die Card angenommen, welche Mehrkosten entstehen tatsächlich und bringt das Ganze den Effekt, den wir uns erhoffen.

Welchen Effekt?
Wir erwarten, dass viele, die davon betroffen sind, dieses Angebot annehmen. Wobei Erfahrungen beispielsweise aus der Stadt Köln – dort gibt es gleichviel Betroffene

wie in Leipzig, die ein Sozialticket beantragen könnten – besagen: 25 bis 30 Prozent haben die Idee aufgegriffen. Auch Leipzigs Zahlen, so vermuten wir, werden sich ähnlich und etwas höher einpendeln.

Ohne bürokratische Hürden bekommt man die Card?
Man beantragt den Leipzig-Pass und hat dann als Betroffener ganz unbürokratisch

stimmt. Wir waren der Auffassung, dass die Gutachterkosten zu hoch angesetzt waren.

Das ist ein Teil...
Man muss natürlich sehen, wie der Haushalt bis 2010 aussieht, ob es da Möglichkeiten der Umschichtung gibt. Aber wenn man sich den Bericht für das erste Quartal 2008 anschaut, ist dort ausgewiesen, dass die Steuereinnahmen in der Stadt um zehn Prozent gestiegen sind. Also, es wird mehr Geld eingenommen, und da muss darauf geachtet werden, dass es solchen Sozialprojekten zugute kommt. In diesem Jahr ist ja ebenfalls vorgesehen, den „Kommunalkombilohn“ einzuführen. Der wird den sozialen Haushalt der Stadt Leipzig vermutlich entlasten.

Was waren die schwierigsten Diskussionspunkte?
Nicht alles, was die Bürgerinitiative wollte, konnte umgesetzt werden. Beispielsweise die Idee, den ganzen Landkreis mit einzubeziehen. Oder auch Vorstellungen zur Höhe der Kosten für die Betroffenen.

Auf welche Erfahrungen anderer Städte, außer Köln, kann Leipzig bauen?
In Brandenburg ist ein Sozialticket eingeführt, dort hat aber das Land den Hut auf. Das werden wir uns auf jeden Fall einmal genauer anschauen. Es gibt ähnliche Initiativen in Dresden. Eine Erfahrung von Köln ist, dass dort die geplanten Mehrkosten deutlich unterschritten wurden.

**Nachgefragt:
Woher kommen die Millionen für die Leipzig Mobil Card?**

die Möglichkeit, die Card zu bekommen.

Ist das CDU-Gegenargument „zu teures Wahlgeschenk“ haltbar?
Das ist nicht haltbar, weil die Teilhabe und Mobilität vieler Menschen am öffentlichen Leben zu fördern, gut angelegtes Geld ist. Für dieses Jahr ist die Finanzierung abgesichert, durch einen Antrag unserer Fraktion. Wir haben der Stadt vorgeschlagen, allein bei Gutachterkosten 700.000 Euro einzusparen, und für die Card umzusetzen. Diesem Vorschlag hat die Verwaltung zuge-

„Milch aus dem Raum Leipzig gehört nicht um jeden Preis in die Tüte...“



LN. Das jedenfalls meinte auch die Agrar-Gewerkschaft Nordwest-Sachsen – und bekundete ihre direkte Solidarität in Sachen Milch-Boykott: „Die Bauern können nicht zum Dumpingpreis Milch produzieren. Es ist

richtig, dass sie sich jetzt gegen das Preisdiktat der großen Handelsketten wehren“, sagt Detlef Zeiß von der IG Bauen-Agrar-Umwelt Nordwestsachsen. Er halte die verlangte Anhebung des Milchpreises für gerechtfertigt. Schließlich müssten die heimischen Milchbauern von ihrer Produktion leben können – und ihren Beschäftigten gerechte Löhne zahlen. „Der Milchpreissturz reißt jetzt ein Loch in die Kassen der Landwirte“, so Zeiß.

Einen Verbraucher-Tipp gegen die „Milch-Durststrecke“ hat die IG Bauen-Agrar-Umwelt auch: „Einfach die Kühlregale umgehen und direkt zum Bauernhof gehen – wie früher ...“, sagt der Bezirksverbandsvorsitzende der IG BAU Nordwestsachsen, Detlef Zeiß. Er könne sich vorstellen, dass sich manch ein Landwirt über den Besuch in diesen Tagen freuen werde. Der Bauer dürfe seine Milch zwar nicht verkaufen und vom Hof geben. „Aber vielleicht kocht die Bäuerin ja mal einen Liter ab – und der schmeckt dann frisch getrunken bestimmt doppelt so gut ...“

**Vorwärtsgang und Rückwärtsgang
Konjunkturanalyse im Leipziger Handwerk**

Im Vorfeld der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Kanzlerin Merkel, legte die Handwerkskammer – mit 12.563 Mitgliedsbetrieben ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – die aktuelle Konjunkturanalyse vor. Auf meine Frage, wie sich die Politik der „Geherten“ in ihren Firmen niederschläge, antworteten mir einige Unternehmer, dass sie davon nichts spürten und man sie auch nicht nach ihrer Meinung frage. Fazit: Der Praxistest für die Politik, scheint wohl nicht so recht zu funktionieren. Aber auch bei diesem Termin war Kammerchef Joachim Dirschka nicht gewillt – und das war er noch nie – bezüglich der Reformen für seine Firmen Lobgesänge anzustimmen. Die Lage ist zwischen und auch innerhalb der einzelnen Gewerke stark differenziert. Das heißt, es existieren nach wie vor Firmen, die um ihre Existenz kämpfen und bangen müssen. Der große Aufschwung bleibt – so äußern sich viele – eine Erfindung...

Der Geschäftsklimaindex liegt mit 78,5 Prozent doch ein Prozent besser als im Herbst, aber bereits 6,5 Prozent unter dem Wert vor Jahresfrist. Soll bedeuten: Die Konjunktur verliert an Schwung. Nur 31 Prozent aller Unternehmen beurteilten ihre Geschäftslage als „gut“, das sind zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Schlecht „fühlen“ sich 23 Prozent. Bedingt durch den anhaltenden Kaufkraftrückgang ist die Lage in den konsumnahen Branchen bedenklich. Das KFZ-Gewerbe ist mit nur 13 Prozent „gut“ und 29 Prozent „schlecht“ und das Nahrungsmittelgewerbe mit 13 Prozent „Gut“ und 17 Prozent „schlecht“. Das sind die wichtigsten Zahlen.

Als stabil präsentieren sich die Handwerker für den gewerblichen Bedarf mit „gut“ bei 37 Prozent und „schlecht“ mit 11 Prozent. Der Kammerpräsident forderte deutliche finanzielle Entlastungen für den Mittelstand und die Arbeitnehmer.

• JOACHIM SPITZNER

Mahnmal darf nur der Anfang sein

DIE LINKE begrüßt die Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. 16 Jahre nachdem die Initiative 'Der homosexuellen NS-Opfer gedenken' den Bau eines Mahnmals angeregt hat, wird nun an prominenter Stelle den Lesben und Schwulen, die während des Nationalsozialismus verfolgt, diskriminiert, verhaftet, zwangskastriert oder ermordet wurden, gedacht. Die Eröffnung des Mahnmals durch den CDU-Kulturstaatsminister Bernd Neumann ist auch ein Zeichen der zunehmenden Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen. Immerhin hat die CDU/CSU den Bau des Mahnmals im Jahr 2003 als einzige Bundestagsfraktion abgelehnt. Der Anerkennung des durch die Nationalsozialisten begangenen Unrechts muss die Anerkennung dess in der Bundesrepublik begangenen Unrechts folgen. Mehr als 50.000 Schwule wurden von 1950 bis 1969 nach Paragraph 175 StGB zu zum Teil langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Bundesregierung ist zudem gefordert, endlich den Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2003 zum Wiederaufbau des Instituts für Sexualwissenschaften umzusetzen. Die Nationalsozialisten hatten das Institut des schwulen Wissenschaftlers Magnus Hirschfeld 1933 zerstört. Und von der Toleranz zur Akzeptanz in der Gesellschaft ist es noch ein weiter Weg. Davon zeugt die jüngste Äußerung eines Trainers der Fußballbundesliga, der Schwule in die Nähe von Kinderschändern rückte. Es gibt noch viel zu tun.

• BARBARA HÖLL

In eigener Sache: Der Verein „Projekt Linke Zeitung e.V.“ hat nach reiflichen Überlegungen beschlossen, LEIPZIGS NEUE ab 1. Juli 2008 als Monatszeitung herauszugeben. Wir informieren ausführlich in Nr. 13 / 08.

Aus für das Polnische Institut in Leipzig?



Foto: LN

Wie es weiter geht, steht (noch) in den Sternen, an der Notwendigkeit zweifelt aber niemand.

Eine Institution in Leipzig steht vor der Schließung. Hat die Presse geschrieben. Fest steht aber nur, dass entsprechende Informationen aus Warschau bekannt wurden. Auch das Generalkonsulat soll demzufolge dicht machen.

Dabei hätte das Polnische Institut im kommenden Februar seinen 40. Gründungstag begangen. Für unzählige Leipziger, Gäste und Menschen im Süden der neuen Bundesländer hat die Einrichtung einen ausgezeichneten Namen.

Das kulturelle Angebot fand über all die Jahre hinweg einen ebensolchen Zuspruch wie der – vor 1990 kostenlose – Unterricht für Leute, die besser polnisch lernen wollten. Der politische Umbruch brachte natürlich auch Änderungen im Angebot. Karoline Gil erforschte im Rahmen einer Diplomarbeit die Geschichte des Instituts und fand ein paar ständig geltende Prämissen und ein paar Unterschiede.

Die Zusammenführung von

Polen und Deutschen war und ist ein Verdienst des Instituts. Ob Musikabende, Ausstellungen, Filmvorführungen oder Lesungen – alles stand und steht unter diesem Gedanken. Und wird sein? Und wird stehen?

Man sollte das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Auch dazu bietet das Institut Lehrreiches, wie Frau Gil herausfand. Den größten Teil seiner Existenz befand es sich am traditionsreichen Brühl in attraktivster Stadtlage. Mit der Wende verschoben sich zwar die Schwerpunkte. Doch die Absicht des Zusammenführens von Polen und Deutschen blieb. Überlebt hatte sich der Verkaufsbereich. Durch Umbauten in der City Leipzigs war der Standort am Brühl 9 auch ein wenig aus dem Zentrum des Geschehens herausgerückt. Die 1996 neue eingeführte Direktorin Joanna Kiliszek setzte vor allem auf junge Leute, wollte diese erreichen. Also suchte und fand sie, unterstützt vom Stadtpräsidenten Friedrich Margirius, einen neu-

en Standort – den hochwertigsten, den man sich in Leipzig vorstellen kann: Markt 10, in der Handwerkerpassage. Kultur für junge Leute stand noch von nun an noch mehr im Mittelpunkt.

Beim jetzigen Direktor, Michal Maliszewski, gewannen auch politische Themen wieder an Bedeutung, die zwischen Deutschland und Polen zu klären sind. Frau Gil erklärt das damit, dass die Polnischen Institute über einen vergleichsweise großen Freiraum verfügen. Der straffe Rahmen der deutschen Goetheinstitute trifft auf die Polnischen Institute nicht in dieser Form zu. So passte sich die Leipziger Einrichtung dem Fluidum der Messestadt an – zu beiderseitigem Vorteil.

Sollte das Institut in der jetzigen Form nicht zu halten sein, könnte man vielleicht einen Verein gründen. Freunde dafür gäbe es zuhauf. Man müsste deren Kraft nur bündeln.

• JAN BARTOCZ



Ein schnelles Vorbeigehen war an dieser Brühl-Adresse schwer möglich. Entweder man betrachtete die vielen großen Schaufenster oder besuchte den Verkaufsraum.

Fotos:Archiv

Fakten

Kulisiewicz. Maryla Rodowicz, die polnische Rocksängerin, gehörte auch mit ihren größten Hits wie dem Lied „Marja“ zum Gefragtesten im Verkaufsraum.

• In einer Publikation zum zehnjährigen Bestehen – damals hieß es noch Polnisches Informations- und Kulturzentrum – wird von über zehn Millionen Besuchern geschrieben. Rechnet man das hoch, wäre man bei 40 Millionen, also jedem zweiten Deutschen. Das geht natürlich so einfach nicht, weil beispielsweise die Besucher des Verkaufsalons nach 1990 wegfielen. Es „rechnet“ sich einfach nicht mehr, Folklore-Erzeugnisse, Schallplatten und polnische Zeitungen zu verkaufen.

• Die zahlreichen Plakatausstellungen sowie Kunstgespräche waren in den 70er und 80er Jahren stets Anziehungspunkt für junge und ältere Leute. Außerdem stets dicht umlagert und gefragt, die umfangliche Schallplatten-Edition mit klassischer Musik, Pop und Polish-Jazz.

• Zum Höhepunkt in der DDR zählte das Haus 35 Mitarbeiter, jetzt sind es noch sieben. Dem weltberühmten Komponisten Krzysztof Penderecki konnte man im Institut ebenso begegnen wie dem Maler Tadeusz

• Im heutigen Institut trat ein Teil der polnischen Avantgarde auf ob im Film oder im Jazz. Das Publikum verstand die Codes in Sprache und Musik. Insofern war das Institut auch stets ein Fenster „zum Westen“ – wie herausgefunden wurde – ohne alle Versuche, staatlicherseits diese Wirkung zu unterbinden.

• Mit der Friedrich-Ebert- wie der Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält das Institut enge Verbindungen. Dadurch konnten auch wichtige Gespräche in ganz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit polnischen Vertretern über die beiderseitigen Beziehungen organisiert werden.

• Das Institut klinkte sich auf zahlreichen Festivals mit ein – so ins Dok-Festival, in die Eurozene, ins Jena- und ins Neißefestival. Mit der Oper wurden gemeinsame Veranstaltungen ausgerichtet, ebenso mit der Messe bei den Leipziger Europaforen und bei der Buchmesse.



Zeitschriften aus Polen, zu DDR-Zeiten gern gekauft.

LN. Aktuell heißt es, die vielen Proteste hätten in Warschau bewirkt, dass man erwägt, den Bestand des Instituts fortzuführen.

„Die geplante Schließung des Polnischen Institutes und des Generalkonsulates der Republik Polen in Leipzig ist unseres Erachtens ein falsches Signal für das zusammenwachsende Europa.

Die Verständigung zwischen Polen und Deutschland muss nach unserer Auffassung für die Menschen vor Ort erfahrbar sein. Gerade das authentische Erleben polnischer Kunst, Kultur und zivilgesellschaftlicher Debatten zeichnete das Wirken des Polnischen Institutes in Leipzig aus und es fungierte so als für die Bürger praktisch greifbares Bindeglied zwischen Ost und West.

Neben dem Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa (MOEZ), dem Kompetenzzentrum Mittel- und Osteuropa Leipzig e.V. (KOMOEL) und dem geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) sei vor allem auch an die enge Zusammenarbeit der Westslawistik der Universität Leipzig mit dem Polnischen Institut erinnert.

Im Rahmen dieser vielfältigen Vernetzung spielt das Polnische Institut als originäre Vertreterin der Republik Polen eine herausragende Rolle. Mit der Schließung des Polnischen Institutes würde eine für die Region Ostdeutschland bedeutende Institution für die vorgenannten Aufgabe wegfallen und nicht zuletzt auch eine nicht zu schließende Lücke in der kulturellen und die bilaterale Verständigung beider Länder entstehen.“

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Europäischen Parlamentes, **Katja Kipping**, stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, **Dr. Cornelia Ernst**, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Sachsen, und **Dr. Ilse Lauter**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Stadtrat zu Leipzig

G. Wallraff „borgte“ sich Leipziger Identität

Der Mann der vielen Gesichter zu Gast im „Anker“



Erst gab es Film und danach eine umfängliche Diskussion: Günter Wallraff und Edda Möller, vom Verein „Courage zeigen“, die am Abend moderierte.

Gut besucht der Saal im „Anker“. Eingeladen zum Disput hatten die Stadt- parteiorganisationen von SPD, Grünen und Linken sowie Gewerkschaften und Vereine.

Fotos: Märker

Er ist unbestritten wohl der seit langem bekannteste Undercover-Journalist in Deutschland: Günter Wallraff, geboren 1942 in Burscheid bei Köln. Nach seiner Entlassung aus dem Wehrdienst arbeitete er als Ungelernter in den verschiedensten Großbetrieben, weil er „selbst erfahren wollte, was sich hinter dem Gerede von „Wirtschaftswunder, Sozialpartnerschaft“ und all den anderen schönen Begriffen in Wahrheit verbarg“.

Seine Reportagen, 1965 in der Zeitschrift der IG-Metall erstmalig veröffentlicht, erregten Aufsehen, und das hat sich bis heute – nun in anderen Medien – nicht verändert sondern noch verstärkt.

Mit Leipzig verbindet den Kölner vor allem Freundschaften zu Mitstreitern und ähnlich

Denkenden. Und so ist es durchaus schon ein ganz besonderer Vertrauensbeweis, wenn er sich für seine letzthin stark beachtete Dokumentation über die un-menschliche, gefährliche Schuf- terei in einer Fabrik im Huns- rücker, die für Lidl billig Brötchen bäckt, die Identität eines ihm gut bekannten Leipzigers für vier Wochen „borgte“. Diese Fernsehreportage, welche inzwi- schen Millionen trotz zunächst ungünstigster Sendeplätze – so kurz vor dem Abnicken – sahen, führte auch zu Diskussionen und Fragen im Leipziger „Anker“.

Da ging es gleich zur Sache, als zwei Frauen legten dar, wie 200 Leute in unserer Region von „Quelle“ auf die Straße gesetzt wurden. Ein Ingenieur aus Magdeburg berichtete, dass mit Abstrichen, Hunsrücker Ver-

hältnisse nicht die Ausnahme sind.

Angst, Angst, Angst... darauf kamen viele im Saal zu sprechen. Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Angst, keinen Job mehr zu finden. Angst, wenn man selbst kündigt, durch die Sperre des Arbeitsamtes drei Monate ohne Bezüge dazustehen. Und in vielen Familien sind keine Spareinlagen zum Überbrücken vorhanden. Ja, und „Angst essen Seele auf“, das ist inzwischen ein geflügeltes Wort. „Die Arbeiter können sich allein schon längst nicht mehr wehren“, betonte Wallraff. Er hofft auf erstarkende Gewerkschaften und eine zunehmend sensibilisierte Öffentlichkeit, die mitbekommt, dass den Preis andere zahlen und schließlich man selbst, wenn nur noch billig als

Slogan gilt. Im Hunsrück hat sich durch seinen Film einiges verbessert. So wurde ein neuer Betriebsrat gewählt. Die Menschenwürde beginnt auch mit dem Arbeitsplatz.

Derzeit werden Callcenter aus Deutschland nach Istanbul verlegt, „weil dort die Löhne noch miserabler sind“. Gleichzeitig werden Wetterberichte dorthin gekabelt, damit der Verbraucher glaubt, die Damen und Herren sitzen nebenan, wenn sie vor dem Verkaufsgespräch zunächst übers Wetter reden. Irrer gehts nicht. Als Günter Wallraff (alias Herr K. aus Leipzig) nach vier Wochen in der Brotfabrik Hunsrück seine letzten Rundgänge machte, pffir er die Internationale. „Wacht auf, Verdammte...“, das bleibt Wallraffs Credo.

• MICHAEL ZOCK

• BERND KRUPPA

Fair-Leih-Tour

Im Rahmen ihrer Fair-Leih-Tour informierte die IG Metall über Arbeitsbedingungen in der Leiharbeiterbranche. Unter dem Motto „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ kam ein 14 Tonnen schwerer und 12 Meter langer Truck jetzt nach Leipzig.

„Viele wissen gar nicht, welche Rechte ihnen zustehen. Einige brachten sogar ihren Arbeitsvertrag mit, um zu erfahren, ob alles rechtens ist.“ sagte Sieglinde Merbitz, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig. Leiharbeiterkräfte verdienen 30 bis 50 Prozent weniger als ihre festangestellten Kollegen. Ein Produktionsleiter Metall in Festanstellung verdient 1960 Euro Brutto. Ein Leiharbeiter, der die gleiche Arbeit macht, nur 1050 Euro brutto. Ein Maschinenschlosser in Festanstellung erhält 1170 Euro Urlaubsgeld im Jahr, ein Leihkollege nur 150 Euro. Ein Ingenieur in Festanstellung hat 30 Tage Urlaub im Jahr, ein Angestellter einer Leiharbeiterfirma nur 24 Tage. Deshalb will die IG Metall in Berlin, Brandenburg und Sachsen mit rund 50 Pilotbetrieben Vereinbarungen über eine faire Bezahlung abschließen.

In Leipzig sei dies bereits in drei Betrieben, darunter dem BMW-Werk, gelungen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein ...

Vor einiger Zeit ging durch die Medien die Nachricht, ein großer Roman Wassili Grossmans (1905-1964), „Leben und Schicksal“, sei erschienen, manche Rezensenten sprachen bewundernd (unter Bezug auf L. Tolstoi) gar von „Krieg und Frieden“ des 20. Jahrhunderts. Dabei hatte es in der Alt-BRD am längsten gedauert, bis sich (1984) ein Verlag zur Herausgabe des in den Westen geschmuggelten Werkes entschloss. Nun aber, 2007, entdeckte man, dass im Roman von „totalitärer“ Machtausübung im Sowjetstaat die Rede war. Das passte gut zu heutigen Diskursen, also fand es viel Beifall. Dabei wurde häufig ausgeblendet, dass es sich um den zweiten Teil einer Dilogie handelte, deren erster Teil 1958 in der DDR unter dem Titel „Wende an der Wolga“ gedruckt worden war. Die Geschichte der beiden Romane – mit heftigen Kämpfen um die Drucklegung des ersten Teils und ungläublichen Vorgängen um den zweiten, dessen Erscheinen in Moskau (1988) der Autor nicht mehr erlebte – ist ein einziges großes Drama. Darin erkennt man jedoch die moralische Größe eines Autors, der sich von der einmal erkannten Wahrheit nicht abbringen ließ, sondern unbeirrt an ihrer Vertiefung arbeitete. Im zweiten Teil seiner Dilogie wuchs er auch künstlerisch über sich hinaus. Hinter alledem stand auch seine immense Erfahrung als Frontkorrespondent in den Kriegsjahren 1941/45. Und nicht zuletzt hatten ihn jüdische Herkunft und Leiderfahrung (die Mutter Opfer der SS-Horde) für vieles sensibilisiert. Ein mit Ilja Ehrenburg erarbeitetes „Schwarzbuch“ über die Judenvernichtung durch die faschistischen Okkupanten konnte wegen der einsetzenden antisemitischen Welle gegen Ende des Stalinregimes nicht erscheinen. Sein erschütternder Bericht über das befreite KZ Treblinka wurde vom Nürnberger Tribunal als Beweismaterial verwendet.

• WILLI BEITZ

... zu Gespräch und Diskussion.

Donnerstag, den 19. Juni um 17.30 Uhr:

Wassili Grossman und sein regimiekritischer Stalingradroman „Leben und Schicksal“. Mit Prof. Dr. Willi Beitz, Leipzig Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Liebenswertes Geschöpf

Attac feierte Geburtstag. Wir wurden vor 10 Jahren in Frankreich gegründet, um den global vagabundierenden Finanzströmen ins Rad zu greifen. So eng sehen wir das heute nicht mehr. Unsere Baustellen und Gefechtsfelder sind inzwischen erheblich gewachsen.

Zehnjährige sind liebenswerte Geschöpfe. Die Trotzphase haben sie hinter sich, die Irrungen und Verwirrungen der Pubertät noch vor sich. Neugierig und optimistisch nehmen sie die Welt auf und sind voller Überzeugung und Hoffnung, dass sich alles zum Guten wendet. Das Beste haben sie noch vor sich!

Damit aber genug mit dem sympathischen Vergleich. Sonst spinnt jemand den Faden weiter und meint, wir wären naiv und ein bisschen weltdeif wie Zehnjährige, bedürften der Fürsorge von Erwachsenen, das Spiel läge uns näher als ernste Anstrengungen. Das ist kein bisschen so!

Die Attacies von Leipzig luden zu einer Geburtstagsfeier auf die große Wiese in das Rosental ein. „LINKS. NEBEN DER EICHE“ am Teiche unweit der Emil-Fuchs-Straße. Zehnjährige haben nie Geld. Jeder brachte also mit, was er zu Essen und zu Trinken hatte und liefert sich so dem Risiko des Tauschens in einer Naturalwirtschaft aus. Das Regionalgeld „Rosentaler“ wurde nicht als Äquivalent akzeptiert. Nassauer wurden nass gemacht.

Und der Eine oder die Andere unterbrach die Gespräche mit einem selbst verfassten oder auch nur geliebten Gedicht, einer Geschichte oder mit was auch immer und animierte zum gemeinsamen Singen.

• JOHANNES

Leipziger Arbeitslosenstatistik

Im Zuge der Frühjahrsbelegung und einiger konjunktureller Impulse wurde im Mai erstmals, seit zehn Jahren, die 60000er Grenze und somit die Prozentmarke 14,8 erreicht. Genau nachgezählt bedeutet das für Leipzig doch noch immer 58460 Arbeitslose. Leider muss aller Voraussicht nach zur Jahresmitte wieder mit einem Anstieg gerechnet werden. Am Arbeitsmarkt gibt es eben keinen Wein ohne das dazugehörige Wasser. Die Stadt liegt weit hinter Dresden und Chemnitz abgeschlagen auf dem vorletzten Platz in Sachsen. Immerhin hat der gesamte Arbeitsbezirk 6700 Arbeitslose weniger.

Der Stellenzugang stieg mit 1852 geringfügig an, ist jedoch im Vergleich zum Bedarf völlig unzureichend. Neu hinzu kommen 1200 geförderte Stellen. Nach Berufsgruppen betrachtet, ist immer noch der Bau mit 6598 Arbeitslosen besonders hart betroffen.

Auf dem Ausbildungsmarkt haben sich seit Oktober 6570 Bewerber gemeldet. Das sind 24,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Ausbildungsstellen beträgt 3965, darunter 2599 betriebliche und ist somit gestiegen. Nicht alle Ausbildungsuchenden haben sich jedoch über die Agentur vermitteln lassen. Jene, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, werden aufgefordert, sich sofort bei der Leipziger Arbeitsagentur zu melden.

Die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch bei der ARGE Leipzig ausgewirkt. Die Zahl der seit Januar leicht sinkenden ALG II-Bezieher ist um 290 auf 31510 gesunken, ebenfalls die Bedarfsgemeinschaften in der Stadt. Hier sind 47585 registriert.

Auch die Zahl der Leistungsempfänger sank um 383 auf 82341 Personen. Teilnehmer an verschiedenen Maßnahmen untergliedern sich in 2121 ABM, 1339 Ein-Euro-Jobs und 1422 in beruflicher Weiterbildung.

• J. SPITZNER

Razzia bei OK-Ermittler

Staatsanwaltschaft zerstört Regierungs-Legende

LN. Zu Medienberichten, wonach die Wohnung eines ehemaligen Mitarbeiters des Referates Organisierte Kriminalität (OK) beim Landesamt für Verfassungsschutz durchsucht worden ist, erklärt der verfassungs- und rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion, zugleich Vorsitzender des zweiten Untersuchungsausschusses im Landtag zum „Sachsensumpf“, Klaus Bartl:

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat vor Jahresfrist mit größter Geduld zunächst auf die Herausgabe der 15.600 Seiten des Landesamtes für Verfassungsschutz zur dreijährigen OK-Beobachtung tatenlos Monate lang gewartet, obwohl schwerwiegende Straftatvorwürfe (sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, Strafreitelung, Amtsmissbrauch und Bestechung) Gegenstand bundesweiter Medienberichterstattung waren. Diese Zurückhaltung ist nun gänzlich verfliegen. Jetzt werden in der Neuaufgabe der Verfahrenspraxis im seinerzeitigen „Fall Schommer“ bei der Aufklärung,

ob Informationen aus dem früheren Referat des Verfassungsschutzes in die Öffentlichkeit transportiert wurden, die Instrumente gezeigt.

Auf einmal besinnt sich die Staatsanwaltschaft Dresden darauf, dass die Strafprozessordnung solche Möglichkeiten vorsieht, wie Hausdurchsuchungen in Wohn- und Geschäftsräumen anzuordnen, Haftbefehl zu erlassen oder anzudrohen, eben den „wehrhaften Rechtsstaat“ zu demonstrieren. Und so nebenbei erfährt auf einmal der geneigte Leser, dass die noch vor reichlich einem Monat, nämlich in der Pressekonferenz des Leitenden Oberstaatsanwaltes von Dresden, Wenzlick, und dessen Pressesprechers Avenarius verkündete Botschaft, alles, was an Sachverhalten rings um die vermeintliche Sachsensumpffäre bekannt geworden ist, sei allein der blühenden Fantasie, der Überambitioniertheit, dem Jagdfieber der früheren Leiterin des Referates OK beim Landesamt für Verfassungsschutz, Simone H., entsprungen, nicht so ganz stimmig sein kann.

Jetzt – nachdem Ende April sämtliche Ermittlungsverfahren

in Bausch und Bogen beerdigt worden sind – begibt sich die sächsische Staatsanwaltschaft auf die Jagd nach jenen, die womöglich seinerzeit für Enthüllung vom Verdacht schwerwiegender „Weiße-Kragen-Kriminalität“ sorgen wollten. So einfach wird es nicht gehen.

Die Staatsminister Dr. Buttolo, Mackenroth, Generalstaatsanwalt Fleischmann, der Oberstaatsanwalt Wenzlick und andere werden erklären müssen, weshalb sie mit der Ein-Frau-Legende das Parlament und die Öffentlichkeit an der Nase herumgeführt haben, und werden Farbe zu bekennen haben, weshalb die so unabhängige Beyer / Irrgang-Kommission seinerzeit von den zehn Mitarbeitern dieses OK-Referates des Verfassungsschutzes nur einen anhörte, seltsamerweise wohl gerade den, der noch heute beim Landesamt ungestört und befördert Dienst verrichten darf. Der Rechtsstaat gehört nicht dem Ministerpräsidenten, der Staatskanzlei oder der sächsischen Staatsanwaltschaft. Da sei vor allem aber auch die Opposition vor.

„Live, Love, Be“

Sächsische LINKE in Warschau beim CSD

LN. Am 7. Juni fand in der polnischen Hauptstadt die „Parada rownosci“ (Gleichstellungsparade) statt. Mit diesem polnischen Christopher Street Day wird die Forderung nach der Gleichstellung von Lebensweisen, insbesondere von Homo-, Bi- und Transsexuellen erhoben. Die Parada rownosci steht in diesem Jahr unter dem Motto „Live, Love, Be“.

Gemeinsam mit dem Leipziger Verein Rosa Linde e.V. fuhr auch eine Delegation der sächsischen LINKEN, mit Unterstützung der Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann nach Warschau. Wir sprachen mit Juliane Nagel, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN:

„Gleichwohl die gesellschaftliche Situation von Lesben, Schwulen und Transsexuellen im Jahre 2008 besser ist, als noch vor zwei Jahren, ist aus den damals noch von der national-konservativen Partei (PiS) dominierten Regierungsetagen feindliche Töne gegen den CSD angeschlagen worden und die Demonstrationsteilnehmer von rechten Gegendemonstranten bedroht wurden, bleibt das grenzüberschreitende Engagement für die Freiheit von Lebensentwürfen, für Menschenrechte und gegen verschiedene Spielarten von Diskriminierung wichtig. In ihrer erst kürzlich vorgelegten Bilanz aus Anlass des 60. Jahrestages der Deklaration der Menschenrechte bescheinigte

amnesty international gerade Polen ein offiziell gefördertes Klima der Intoleranz gegenüber Homosexuellen.“

Auch die liberale Regierungspartei PO wagt sich dem stark römisch-katholisch geprägten Meinungsmainstream nicht durch mutige Reformen entgegenzustellen, jedenfalls nicht im lebensweltlichen Bereich. Die liberale Handschrift der Bürgerplattform (PO) findet sich vor allem in einer marktradikalen Wirtschaftspolitik wieder. Die jüngst von polnischen Lesben- und Schwulenorganisationen aufgemachte Forderung nach der Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und dem Adoptionsrecht wurde so von Ministerpräsident Donald Tusk rigide zurückgewiesen. Der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski warnte erst jüngst in einer „Rede an die Nation“ vor der EU-Grundrechte-Charta, mit der Polen verpflichtet werden würde, die Homo-Ehe einzuführen.

„Wir führen nicht mit einem Überlegenheitsgefühl nach Polen. Diskriminierung ist auch in Deutschland auf der Tagesordnung, ob im Alltag oder durch offizielle Politik“, meint Juliane Nagel. „Wir tragen mit der Beteiligung am Warschauer CSD unserem Anspruch nach einem ‚Europa von unten‘ Rechnung, einem Europa, das durch eine lebendige Zivilgesellschaft, bestimmt wird, einem Europa, in dem maximale soziale und Freiheitsrechte für alle gelten.“

Bürger befürchten Nachteile

Mit der Kreisreform sinkt ab August die Zahl der Landkreise von 22 auf 10 und die der kreisfreien Städte von 7 auf 3. Mehr als die Hälfte der Sachsen befürchtet mit den Maßnahmen Nachteile für sich selbst. Laut einer repräsentativen Umfrage vermuten das 53 Prozent der

1000 befragten Wahlberechtigten im Land. 22 Prozent gaben an, für sie ändere sich nichts. 19 Prozent glauben, dass ihnen die Kreisreform doch eher Vorteile bringt. Zugleich gehen Verwaltungsaufgaben und Personal vom Land an die Kommunen (LN berichtete).

Sächsische Kommunalwahl 2008

CDU	39,5 Prozent
LINKE	18,7 Prozent
SPD	11,5 Prozent
FDP	8,3 Prozent
NPD	5,1 Prozent

(vorläufiges amtliches Endergebnis bei Redaktionsschluss)

28. Mai

Oelsnitz: Eine Vogelscheuche hat im Vogtland einen Polizeieinsatz ausgelöst. Eine Radfahrerin hatte an der Talsperre Pirk ein Gummiboot bemerkt, in dem sie einen Menschen erkannt zu haben glaubte. Da er sich nicht regte und auch auf laute Rufe nicht antwortete, alarmierte die Frau die Polizei. Nach einem Blick durch das Fernglas gaben die Beamten Entwarnung. Fischer hatten die Puppe ins Boot gesetzt, um Kormorane zu verschrecken.

29. Mai

Dresden: Die Universitätsklinik Dresden hat erstmals eine Niere und eine Bauchspeicheldrüse erfolgreich transplantiert. Wie die Klinik mitteilte, wurde der Eingriff bereits im April durchgeführt. Die Patientin könne bald entlassen werden. Die Frau litt seit ihrem vierten Lebensjahr an Diabetes.

Leipzig: Die Polizei hat eine 15-köpfige Jugendbande ermittelt. Auf ihr Konto gehen mindestens 42 Straftaten, hauptsächlich Einbrüche, Diebstähle und Raubüberfälle.

1. Juni

Dresden: Eine heftige Gewitterfront hat in Sachsen zu Verkehrsbehinderungen geführt. Die Ortsdurchfahrt Schwarzbach bei

SACHSEN-CHRONIK

(28. Mai bis 9. Juni)

Elterlein musste wegen Schlamm- und Gerölllawinen gesperrt werden. Im Erzgebirge fielen drei Zentimeter dicke Hagelkörner. In Oederan waren Straßen überflutet. In Chemnitz brannte ein Haus nach einem Blitzschlag. In Dresden liefen Keller voll.

Leipzig: Nach knapp einem Jahr Bauzeit ist das neue Kinderhospiz der Initiative Bärenherz offiziell eröffnet worden. Das Haus in Markkleeberg hat zwölf Plätze und kostete rund 1,3 Mio. Euro. Seit Ende April werden bereits drei Kinder im Hospiz betreut. Bärenherz erweiterte damit seine bisherige Einrichtung. Die Initiative bietet seit 2005 in Leipzig einen stationären Dienst für schwerkranke und sterbende Kinder an. Seit 2004 gibt es die ambulante Hilfe.

2. Juni

Dresden: Acht renommierte deutsche Künstler haben Bundeskanzlerin Merkel

aufgefordert, in den Dresdner Brückentrest einzugreifen. In ihrem offenen Brief verweisen die Künstler auf die "starre Haltung sächsischer Politiker". Sie warnen vor einem Imageverlust für Deutschland, sollte die UNESCO, wie angekündigt, dem Elbtal den Kulturerbetitel entziehen. Unterzeichner sind u.a. die Autoren Günter Grass, Durs Grünbein, Christoph Hein, Martin Walser, Thomas Rosenlöcher und der Regisseur Wim Wenders.

Leipzig: Eine Preissenkung hat an einer Tankstelle zu wilden Szenen geführt. Laut Polizei hatte der Pächter die Preise um fünf Cent gesenkt. Daraufhin bildete sich eine lange Warteschlange. Als ein Fahrer vorrückte, stellte sich ihm eine Frau in den Weg. Der Mann ließ sich davon nicht beirren und hielt auf die Frau zu. Sie konnte in letzter Sekunde zur Seite springen. Als eine andere Frau den Mann zur Rede stellen wollte, richtete er eine Zapfpistole auf sie

und drohte abzurücken. Jetzt droht ihm ein Verfahren wegen Nötigung.

3. Juni

Leipzig: Nach der Misshandlung eines Babys in Leipzig prüft das sächsische Justizministerium, ob straffälligen Müttern mehr Haftaufschub gewährt werden kann. In Leipzig hatte eine Mutter zwei Wochen nach der Geburt ihres Sohnes eine Haftstrafe wegen Schwarzfahrens angetreten. Zwei Wochen nach Haftantritt hatte der Vater den Jungen schwer misshandelt.

5. Juni

Pirna: Die Kinderklinik in der Stadt kann weiter betrieben werden. Bürger hatten 16.000 Unterschriften für den Erhalt der einzigen Kinderklinik im Landkreis Sächsische Schweiz gesammelt.

9. Juni

Königstein: Metalldiebe haben am Sonntag in der Sächsischen Schweiz den Bahnverkehr zwischen Dresden und Prag für acht Stunden lahmgelegt. Wie die Bundespolizei mitteilte, bauten die Diebe mehrere Verankerungen für die Hochspannungsleitungen ab. Daraufhin habe ein Zug die durchhängende Leitung mitgerissen. Nach den Tätern werde mit Hochdruck gefahndet.

Minen und Streumunition

Tödliche Gefahr für die Bevölkerung auch nach Kampfhandlungen

Am 1. März 1999 trat nach langem zähen Bemühen zahlreicher Nichtregierungs-Organisationen die „Internationale Konvention über das Verbot von Antipersonen-Minen“ in Kraft. Annähernd 140 Staaten haben mittlerweile dieses Abkommen, die „Ottawa Konvention“, unterzeichnet. Zweifellos ein Erfolg, der jedoch nicht überbewertet werden darf, bezieht sich dieses Verbot doch nur auf herkömmliche Antipersonen-Minen. Ausgenommen von diesem Verbot sind sowohl Antifahrzeugminen als auch „intelligente“ Minen sowie die massenhaft eingesetzte Streumunition. Bisher haben allerdings 38 Staaten, darunter bedeutende Produzenten von Antipersonenminen wie USA, Russland, China, Israel, Indien, Pakistan, Finnland diesen Vertrag (Stand von August 2007) noch nicht unterzeichnet.



Opfer von Landminen in Angola

Trotz des Verbots von Antipersonenminen geht die Zahl der jährlichen Minenopfer nur unwesentlich zurück. Die ausgebrachten Minen und Streubomben-Blindgänger fordern jährlich 15 000 bis 20 000 Opfer, wobei jedes dritte ein Kind ist. Etwa ein Drittel der Minenunfälle verlaufen tödlich, die anderen verursachen zum Teil schwere Verletzungen und grausame Verstümmelungen.

Anzahl verlegter Minen in den am stärksten betroffenen Ländern

Land	UN-Angaben 1997	Schätzungen USA 1998
Afghanistan	10 000 000	7 000 000
Ägypten	23 000 000	22 500 000
Angola	15 000 000	15 000 000
Bosnien	3 000 000	1 000 000
China	10 000 000	10 000 000
Eritrea	1 000 000	1 000 000
Iran	16 000 000	16 000 000
Irak (Kurdistan)	10 000 000	10 000 000
Jordanien	206 193	206 193
Kambodscha	6 000 000	6 000 000
Korea, Republik	206 193	
Kroatien	3 000 000	
Libanon	8 795	
Mosambik	3 000 000	1 000 000
Nicaragua	108 297	
Somalia	1 000 000	1 000 000
Sudan	1 000 000	1 000 000
Ukraine	1 000 000	1 000 000
Vietnam	3 500 000	3 500 000
Simbabwe		2 200 000
Weltweit	108 738 377	102 468 593

Minen zerstören Menschen, Minen schädigen die Infrastruktur, verursachen landwirtschaftliche Schäden und verschärfen das Flüchtlingsproblem. Minen töten und verstümmeln noch viele Jahre nach Ende des Krieges. Für eine angemessene Versorgung und Betreuung der Minenopfer mangelt es in den meisten Ländern an Geld, Fachpersonal und medizinischen Einrichtungen. Vermintete Straßen, Brücken, Landebahnen und Eisenbahntassen bringen den Verkehr ganzer Regionen zum Erliegen. Die Verminderung von Versorgungseinrichtungen wie Kraftwerken verzögert den Wiederaufbau empfindlich. Nicht geräumte Minen verhindern dauerhaft die Rückkehr von Kriegsflüchtlings in ihre Heimatregion. Dadurch werden die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen ihrer Fluchtorte zusätzlich belastet und der Wiederaufbau ihrer Ursprungsgegend verzögert. Durch die Verlegung von Minen in und um landwirtschaftliche Nutz- und Weideflächen wird die Nahrungsmittelproduktion empfindlich gestört: Felder liegen brach, Vieh wird getötet, die Wasser- und Brennholzsuche wird zu einer lebensgefährlichen Arbeit. Diese Einschätzung aus einer Broschüre des AKTIONSBÜNDNIS LANDMINE trifft in gleichem Maße auf die nicht detonierten Reste von Streumunition zu.

Mit der Dubliner Konvention zum Verbot von Streumunition vom 30. Mai 2008 wurde zwar ein weiterer Schritt zum vollständigen Verbot dieser Waffen getan, doch die vor allem von der deutschen Delegation durchgesetzten Ausnahmen lassen genug Hintertüren sowohl für Forschung und Produktion der Rüstungsindustrie als auch für den Einsatz dieser Waffen. Unter anderem hat sie durchgesetzt, dass sensorgezündete Streumunition und Streuminen nicht verboten werden und Vertragsstaaten sich auch weiterhin an gemeinsamen Militäraktionen mit Nicht-Vertragsstaaten beteiligen können. Da die USA sich prinzipiell weigern, dieser Konvention beizutreten (sie waren auch bei den Verhandlungen nicht anwesend), heißt das im Klartext, dass Kontingente der Bundeswehr bei NATO-Einsätzen unter USA-Führung auch die im Vertrag verbotenen Waffen einsetzen. Das Bestreben der bundesdeutschen Delegation, den Vertragsinhalt weitgehend abzuschwächen, ist nicht weiter verwunderlich, gehören doch große deutsche Unternehmen nach wie vor zu den technologisch führenden Unternehmen der Branche. Rege Patentaktivitäten deuten auf anhaltende Entwicklungstätigkeit in den Unternehmen hin, wobei neue aber auch

bereits bekannte Minensysteme auf fast jeder bedeutenden Rüstungsmesse zum Kauf angeboten werden. Zu diesen Unternehmen gehören die „Gesellschaft für intelligente Wirksysteme“ (GIWS), ein Gemeinschaftsunternehmen von Diehl und Rheinmetall, die „Euro Rocket System GmbH“, ein Gemeinschaftsunternehmen der Diehl Munitions und Lockheed Martin Corporation, die „EADS-Lenkflugkörpersysteme GmbH“ sowie der deutsche Munitionsproduzent „Dynamit Nobel“, um nur einige zu nennen.

WAS IST STREUMUNITION?

Streumunition wird mittels Streubomben von Flugzeugen abgeworfen, oder als Artilleriemunition mit Haubitzen und Raketen über große Flächen verstreut. Streubomben, auf englisch „Cluster Bomb Units (CBU)“, sind Bomben, zumeist gefüllt mit mehreren hundert kleinen Streumunitionen, auch Bomblets oder Submunition genannt. Streubomben öffnen sich in einer vorab bestimmten Höhe, um ihre tödliche Fracht freizusetzen. Sie können alternativ auch mit Minen bestückt werden. Ein Bombenbehälter des von den USA verwandten Typs BLU-97 enthält rund 200 Streu-

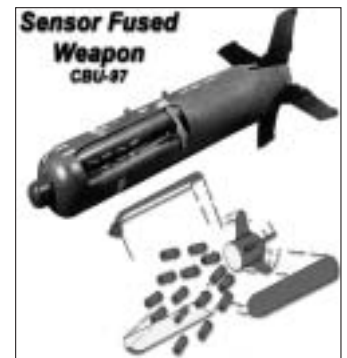
bomben in der Größe einer Cola-Dose. Bei der Explosion werden Stahlsplitter verschossen, die auf einem Gebiet von der Größe zweier Fußballfelder wirken. Die grelle Farbe der Bomblets, die mit der Farbe der in Afghanistan und Irak abgeworfenen Hilfspakete identisch ist, führt häufig zu verhängnisvollen Verwechslungen und schweren Unfällen. Wird Streumunition mittels Artillerierakete oder Ähnlichem eingesetzt, können binnen kurzer Zeit große Mengen an Munition über ein großes Gebiet verschossen werden. So verstreut beispielsweise eine Salve des MLRS Raketenwerfers nahezu 8.000 Streumunitionen über ein Areal von bis zu einem Quadratkilometer; das sind etwa 200 Fußballfelder.

Der massenweise Einsatz von Streumunition erfolgte durch

- die USA in Laos und Vietnam (1965–1975), in Afghanistan (2001)
- die Sowjetunion in Afghanistan (1979–1989)
- Großbritannien: Falklandinseln (1982)
- die USA und Großbritannien in Irak (1991/2003) und Kosovo (1999)
- Russland in Tschetschenien.

2001 haben die USA in Afghanistan ca. 1 200 Streubomben abgeworfen, welche 250 000 Streumunitionen enthielten. Mindestens 10% davon wurden zu Blindgängern und damit zu einer tödlichen Bedrohung für die Bevölkerung.

Im Golfkrieg von 1991 haben die Alliierten Streitkräfte annähernd 50 Millionen Streumunitionen über dem Irak abgeworfen. Darunter waren ca. 11 Millionen Munitionen des Typs M77, bei denen



Fußprothesen einer südafrikanischen Werkstatt in Angola

man mit einer Blindgängerquote von bis zu 40% rechnen kann. Das wäre mit dem Einsatz von 4 Millionen Anti-Personenminen vergleichbar. Großbritannien setzte im Golfkrieg 2003 die auch in Bundeswehrbeständen befindlichen Streubomben des Typs BL-755 mit einer Blindgängerquote bis zu 30% ein. Zudem feuerten britische Streitkräfte über 100 000 Streumunitionen mit dem Artilleriesystem L20A1 ab, die eine Fehlerquote von bis zu 5% besitzen. Insgesamt haben britische und US-amerikanische Streitkräfte im Golfkrieg seit 2003 bislang 2 Millionen Streumunitionen im Irak verschossen.

• HELMUT ULRICH

Der nachstehende geringfügig gekürzte thesenartige Text wurde von der Theoretisch-analytischen Arbeitsstelle des Zentralaussschusses der KSCM unter Federführung von Josef Heller (Historiker) und Frantisek Neuzil (Politologe) erarbeitet. Auf dem letzten Parteitag der KPCM im Mai 2008 wurde er aus Zeitmangel nicht diskutiert. Er steht mithin zur Diskussion und wurde für LN von **Prof. Dr. Gerhard Fuchs** übersetzt.

Der äußere Rahmen der in der Tschechoslowakei verlaufenden Prozesse war zweifellos durch die Entwicklung des Wettbewerbs der beiden, die bipolare Welt darstellenden Systeme gegeben, durch das Streben der herrschenden Strukturen des kapitalistischen Systems, die sich verlangsamen die Entwicklungsdynamik der Länder der ersten historischen Form des Sozialismus, insbesondere der UdSSR, und die fortschreitende Verlagerung des Schwerpunktes des Machtgleichgewichts zugunsten des Westens auszunutzen. Hier zeigte sich die neue Strategie, die der Westen nach den Erfahrungen aus dem Scheitern der offenen Versuche, die sozialistische Orientierung in der DDR, Ungarns und Polens zu ändern sowie nach der Analyse der nach dem XX. Parteitag der KPdSU eingetretenen neuen Situation, gekennzeichnet durch den Akzent friedliche Koexistenz und gewisse ideologische und politische Lockerungen in den sozialistischen Ländern, entwickelt hatte. Diese Strategie orientierte auf die allmähliche Erosion des Sozialismus mit dem Ziel, einzelne Länder vom sozialistischen System loszureißen, und das vorwiegend mittels des ökonomischen Wettbewerbs sowie des ideologischen wie psychologischen Krieges. Hierbei waren auch militärtechnische Prozesse wirksam, die mit der Entwicklung neuer Waffensysteme das bestehende militärstrategische Gleichgewicht zu beseitigen drohten. Diese Situation beunruhigte natürlich die in der UdSSR regierende Garnitur, vor allem die Vertreter des Militärs, und erhöhte ihre Empfindlichkeit hinsichtlich der politischen Entwicklungsprozesse, wie sie in den einzelnen Ländern der auf der Grundlage der Vereinbarungen von Jalta entstandenen sowjetischen Einflusssphäre verliefen.

Das bestimmende Element der gesellschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei bildeten jedoch nicht diese äußeren Faktoren, sondern vor allem die anwachsende innere Krise, in der die ersten Systemmängel jenes Sozialismusmodells zur Wirkung kamen, das die Tschechoslowakei unter dem Druck der UdSSR in der komplizierten Situation der fünfziger Jahre zu übernehmen gezwungen war. Das Hauptproblem war die Ökonomie, deren Fähigkeit zu einer erfolgreichen Gestaltung sich an der Wende von den 50er zu den 60er Jahren erschöpfte, und zwar proportional zur anwachsenden Notwendigkeit, von der extensiven zur intensiven Entwicklung überzugehen, der Wissenschaft zu entsprechen und Aktivität wie Initiative des Volkes zu nutzen. Das gesamte Leitungssystem war stark durch Bürokratismus, Zentralismus und undemokratisches Agieren belastet und Versuche, es schrittweise zu reformieren, mißlangen. Dennoch war die ökonomische Situation i. J. 1968, nachdem das Scheitern des 3. Fünfjahrplanes überwunden war, keineswegs kritisch. Investitio-

nen in die Landwirtschaft zeigten Wirkung, positiv schlugen sich wenn auch zahme und unkonsequente Versuche, das Leitungssystem zu reformieren, nieder. In die Betriebe gelangten qualifizierte Kräfte, das Konsumgüterangebot verbesserte sich. Der Schwerpunkt der Probleme lag in der Sphäre der Politik und Kultur: die Unzufriedenheit mit dem starren, die Probleme verdeckenden Leitungssystem, der Widerspruch zwischen den sozialistischen Idealen und der Praxis und insbesondere die starre, zur Nutzung der schöpferischen und konstruktiven Energie der Menschen unfähige Politik. Diese Energie wuchs zudem proportional zur Entfaltung positiver Seiten des Sozialismus, wie die Überwindung der alten Klassenspaltung, die Verbesserung der sozialen Situation zahlreicher Schichten, die Zunahme von Kultur und Bildung in der Gesellschaft und auch die Herausbildung einer neuen sozialistischen Intelli-

schaffliches Eigentum einschloß. Auch die Vertreter der KPTsch konnten in diesem Sinne nicht aus dem Schatten der Zeit treten, waren vom Aktivitätsstrom mitgerissen und vermochten es nicht, ihn wirksam zu beeinflussen und zu lenken. Zudem komplizierte deren Lage der halsstarrige Widerstand konservativer Gruppen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, vor allem in den Parteistrukturen, die absolut unfähig waren, Wege einer sozialistischen Reform zu suchen und deren einziges Interesse in der Verteidigung ihrer eigenen Machtpositionen bestand, mit dem Ziel, zum zentralistisch-bürokratischen Modell zurückzukehren. Diese konservativen Kräfte bezeichneten alle Äußerungen kritischer und schöpferischer Aktivität verschiedener gesellschaftlicher Schichten a priori als antisozialistisch. Diese Gruppen sandten aufrüttelnde Signale nach außen zu den Führungsgarnituren der

und halfen eine endlose Spirale gegenseitigen Provozierens zu drehen: Extreme Auftritte im Lande einerseits hatten Ermahnungen vom Ausland her andererseits zur Folge, die im Inland wieder nur zu weiteren extremen Auftritten führten. Die Reformgarnitur der Partei mit Alexander Dubcek an der Spitze geriet so in eine ausweglose Position und hörte auf, die Situation zu beherrschen.

Ein grundlegender Faktor waren die regierenden Gruppen in den sozialistischen Ländern, besonders in der sowjetischen Führung, die einerseits die Übertragung der für ihr Machtmonopol gefährlichen Prozesse in ihre eigenen Länder fürchteten, andererseits mit Sorge die Entwicklung des militärstrategischen Gleichgewichts in der Welt verfolgten und die Situation zur Stärkung ihrer Großmachtpositionen nutzen wollten. Eben in jenen Kreisen wurde unter gewisser Mitwirkung kleiner einheimischer konservativer Gruppen die Entscheidung geboren, den gefährlichen und risikoreichen Prozeß zu beenden. In Anbetracht dessen, dass es ihnen nicht gelang, den reformerischen Hauptstrom in der Parteiführung zu beeinflussen und ihn dafür zu gewinnen, den Prozeß selbst zu beenden und zum alten Modell zurückzukehren, kam es am 21. August zur gewaltsamen militärischen Intervention von fünf Staaten des Warschauer Vertrages. Die USA und die anderen NATO-Mächte, die den Gesellschaftsprozeß in der CSSR übrigens ebenfalls für sehr gefährlich hielten (siehe die Ereignisse in Frankreich) und mit der inneren Diskreditierung des Sozialismus sowie der internationalen Diskreditierung des sozialistischen Lagers wie auch der kommunistischen Bewegung rechneten, nahmen dies mit schweigender Zustimmung hin. Die weitere Entwicklung in der Welt und in der CSSR hat gezeigt, dass die gewählte gewaltsame und undemokratische Beendigung des Reformprozesses unabsehbare negative Auswirkungen hatte. Dieser Schritt schockte im wahrsten Wortsinn die Mehrzahl der Bürger der CSSR, viele damalige Mitglieder der KPTsch eingeschlossen, und beeinträchtigte zutiefst die traditionell guten tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Er blockierte die Perspektive des weiteren Fortschreitens zu einer wirkungsvolleren, lebensfähigeren, sozial gerechteren und demokratischeren sozialistischen Gesellschaft. Er trug zum Vertrauensverlust gegenüber der kommunistischen Partei bei, und zusammen mit den Überprüfungen in der Zeit der sogenannten Normalisierung stellten sich viele ihrer Mitglieder, die sich ansonsten insbesondere mit deren sozialem Programm voll indentifizierten, gegen die KPTsch (eine Reihe von ihnen trat nach dem Jahr 1989 erneut in die kommunistische Partei ein). Trotz der zeitweiligen Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses und des Gleichgewichts im internationalen Maßstab hat die tschechoslowakische Gesellschaft die Militäraktion vom August 1968 nicht akzeptiert und sich als Ganzes nicht mit ihr identifiziert. Der Schatten des machtmäßigen Eingriffs hat danach die Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus bei uns sehr negativ beeinflusst und auch die Lage der Linken in ganz Europa.

Quelle Internet:
KSCM-Teze k 40. vyroci pokusu o socialisticou reformu v CSSR v roce 1968.
<http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3806&...>

Kommunistische Partei Böhmens und Mährens KSCM zum 40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR

genz. In der zeitgenössischen Redewendung „mehr Demokratie, mehr Sozialismus“ kam die Forderung der Mehrheit der Gesellschaft zum Ausdruck, überzugehen zu einer tatsächlichen Politik der Volksherrschaft, zu einer sozialistischen Demokratie, zu einem neuen Niveau gesellschaftlicher Gleichheit, zu einer wahrhaften und vollkommenen Informiertheit. Das grundlegendste Moment dieser Situation war, dass die absolute Mehrheit der CSSR-Bürger das Vertrauen zur kommunistischen Partei nicht verlor, ihre Aufgabe in der Gesellschaft nicht bezweifelte, sondern vielmehr erwartete, dass die Partei an der Spitze des Verbesserungs- und Reformprozesses stehen werde.

Von diesem Standpunkt aus wurden in der Gesellschaft die Informationen über die Veränderungen in der Parteiführung, über die Entfernung der konservativen und starren Führung Antonin Novotny's und die Wahl neuer Persönlichkeiten, von denen man positive Impulse erwartete, sehr positiv aufgenommen. Bald begann sich eine breite, in bedeutendem Maße allerdings spontane Aktivität zu entfalten, die neuen Gedanken und Herangehensweisen sowie Persönlichkeiten den Weg bahnte. Hegemon dieses Prozesses waren zahlreiche, sich überwiegend aus Kommunisten zusammensetzende Gruppen des Leitungssystems und der Intelligenz, die mit den alten Methoden nicht weiterarbeiten konnten und wollten. Das Grundproblem dieses Prozesses allerdings bestand darin, dass er durch den erreichten zeitgenössischen Erkenntnisstand begrenzt war, der in bedeutendem Maße durch die Übernahme problematischer Gesellschaftskonzeptionen aus westlichen Quellen beeinflusst wurde. Es fehlte eine tiefe marxistische Kenntnis der Mechanismen und der Logik des Funktionierens des ganzen Systems und vor allem fehlte eine Gesellschaftsklasse, die fähig gewesen wäre, konkreter Träger der Prozesse einer neuen und lebensfähigen, gleichzeitig sozialistischen und hinsichtlich des Kapitalismus konkurrenzfähigen Ökonomie zu sein, die ein unbürokratisches gesell-

UdSSR und weiterer sozialistischer Länder, die ihnen nach dem politischen und sozialen Charakter sehr ähnlich waren, erhöhten deren Beunruhigtsein hinsichtlich der Entwicklung in der CSSR und trugen zur Destabilisation der Situation bei.

Es darf selbstverständlich nicht übersehen werden, dass die Reform nur alte Strukturen zur Disposition stellte und nicht schnell genug funktionierende, sozialistische neue bildete; dies begannen ausgesprochen antisozialistische Kräfte und solche, die von westlicher Ideologie und Propaganda beeinflusst beziehungsweise direkt durch nachrichtendienstliche Strukturen und Mechanismen manipuliert waren, auszunutzen. Diese Kräfte machten sich die Spontaneität des Gesamtprozesses und seinen Mangel an stabilisierenden Mechanismen zu nutze, trieben die Forderungen nach Veränderungen und Reformen ins Extrem und überschritten dabei sowohl in der Ökonomie wie auch in der Politik und in der Geistessphäre immer mehr den sozialistischen Rahmen. Auf der praktischen Ebene waren bei der gegebenen inneren, besonders aber internationalen Situation jene Forderungen am gefährlichsten, die darauf abzielten, die führende Rolle der Partei zu beseitigen, das gesellschaftliche Eigentum wie auch die grundlegenden ideellen, mit dem Marxismus verbundenen Werte in Zweifel zu ziehen und insbesondere die außenpolitische Orientierung, anfangs in Form der Neutralität, zu ändern. Diese Kräfte missbrauchten die gegebene Pluralität, die Uniformiertheit und Unerfahrenheit einer Reihe von Bürgern und einen gewissen Freiheitsrausch, drangen in die Massenmedien ein, entfachten Emotion in Form des Drucks auf die Reformführung der Partei, aber auch in Form der Skandalisierung und Verfolgung ehrlicher Kommunisten und der Anstiftung zu verschiedenen Exzessen. Indem sie strittige Themen insbesondere auf dem Gebiet der außenpolitischen Orientierung aufwarfen, provozierten sie die konservativen Kräfte sowie die Führungen der UdSSR und der sozialistischen Länder

Erlebnisse eines Geburtstagsstraußes

Am 24. Januar trifft sich eine junge Frau mit ihrer Freundin und bekommt von ihr ein wunderschönes Blumenbukett zum Geburtstag. Beide haben an diesem Tag Urlaub. Bevor sie zum gemeinsamen späten Frühstück gehen – Brunch nennt man das heute –, wollen sie in die Ratsversammlung hineinhören, wie sich das für stadtverbundene Bürgerinnen schon mal gehört. Gleich hinter der Rathausstür flirtet ein gesetzter Mann: „Ist der Strauß für mich?“ Im Foyer drängen sich Schulklassen – ihren Schulen droht Schließung. Eine Frau, offenbar Lehrerin, blickt misstrauisch auf den Strauß: „Doch nicht etwa für Tiefensee?“ „Was denken Sie denn!“, wehrt sich lachend das Geburtstagskind. Nach der Stippvisite im Stadtrat – das Entscheidende kommt leider später – gehen die jungen Frauen zu einem Backwarenladen in der Petersstraße, um für den Abend eine Baguette zu kaufen. Fragt die Verkäuferin: „Die Blumen sind wohl für uns? Beileid, weil wir schließen müssen?“

• gb

AUFGESCHNAPPT

Bei Lesungen fiel so mancher Satz, der festgehalten zu werden verdient.

Friedrich Schorlemmer:
Wer die Demokratie hat und sie nicht nutzt, ist selbst daran schuld.

Klaus Ensikat:
Die Wahrheit muss frei machen.

Landolf Scherzer:
Die Welt wird heute über die Medien wahr genommen.



Lesezeichen

Aufgeschnapptes zur Buchmesse 2001, obige Karikatur, die war ein „Borger“ vom Eulenspiegel-Verlag, dem sich unsere Zeitung schon immer besonders verbunden fühlte, was ja bis heute anhält. Außerdem ein vieldeutiges Tierbild... und das mit unterer Keule nicht nur 2001 Schwung geholt wurde, belegen auch spätere LN-Jahrgänge.

Aus gegebenem Anlass erinnern wir mit einem Beitrag über den Kirchentag in Frankfurt am Main, auch an unseren kürzlich verstorbenen Mitarbeiter Hermann Gerathewohl...

Deutschland treibt seine Kühe ab



CDU greift zur Stasi-Keule gegen MDR

Zehn Jahre hat die sächsische CDU geschwiegen. Denn zehn Jahre glaubte man, den Sender im Griff zu haben. Zehn Jahre gab es kaum Kritik am MDR. Selten am Programm, niemals an der Personalpolitik. Schließlich wurden ja die wichtigsten Posten – von den Direktoren bis zu den Chefs vom Dienst – im Interesse der neuen Staatspartei besetzt. Erstmals erfüllt Intendant Udo Reiter nicht jeden sächsischen CDU-Wunsch. Fast revolutionär setzt er auf ostdeutsche, auch weibliche Erfahrung und Kompetenz.

Und so zeigt die sächsische CDU ihr wahres Gesicht und holt die Stasi-Keule raus. Und dies, obwohl bekannt war, dass Intendant Reiter nicht jeden wegen einer Unterschrift rauswarf. Was derzeit läuft, ist der Missbrauch scheinbarer Moral zu machtpolitischen Zwecken, da doch jeder weiß, dass die sächsische CDU seinerzeit die Abgeordnetenanklagen wegen MfS-Mitarbeit so lange hinauszögerte, bis der Sächsische Verfassungsgerichtshof nicht mehr in der Sache entscheiden konnte.

Wenn es der CDU um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen Verfassungsauftrag zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung gehen würde, würde sie nicht wie in Leipzig die Auflösung des MDR fordern, um dann einen unionsgetreuen Sachsen-Sender gründen zu können. Vielmehr würde sie befördern, dass alle Verantwortlichen – Intendant, Aufsichtsgremien – mit den Programmachern – Journalisten, Mitarbeitern – zusammen über eine unabhängige Zukunft des MDR streiten.

• HEIKO HILKER

Das Evangelium vom Anbruch des Reiches Gottes in der Gestalt von Jesu von Nazareth habe eine starke, unübersehbare und unüberhörbare Tendenz nach links, hin zu Gerechtigkeit und Frieden – das meinte vor Jahren ein in Leipzig forschender und lehrender Theologe. Die Probe aufs Exempel konnte man beim 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 14. bis 17. Juni in Frankfurt/Main machen. Glaube, Geld, Gentechnik und Ökumene standen im Mittelpunkt dieses über 2000 Veranstaltungen umfassenden Großereignisses. Dieser Kirchentag, der sich wie seine Vorgänger als Spiegel der Gesellschaft betrachtete, erlebte wieder einen lebendigen Dialog zwischen Politikern, Atheisten und Christen. Auf großes Interesse stießen deshalb Foren „Ist Religion Privatsache?“ und „Glaubhaft leben“, auf denen unter anderem Gregor Gysi und Petra Pau (PDS), Wolfgang Thierse (SPD), der Abgeordnete der PDS-Bundestagfraktion und evangelische Theologe Prof. Dr. Heinrich Fink

Kirchentagsbesucher mit Interesse für linke Politikansätze

sowie die Hannoversche Landesbischofin Dr. Margot Käßmann miteinander ins Gespräch kamen. „Ich habe die Kirche nie bekämpft“, führte dabei Gysi aus. Er schätze Religion und fürchte eine gottlose Gesellschaft genauso wie die Kirchenleute, weil damit Wertmaßstäbe aufgegeben und der Kommerzialisierung Vorschub geleistet würde. In der Bergpredigt Jesu erkennt der demokratische Sozialist eine wichtige Orientierung. So sei ihm das Eintreten für eine gerechtere Gesellschaft als die des Kapitalismus wichtig. Im Blick auf das Wort Jesu von der Friedensliebe betonte er: „Wenn mich viele hassten, entschloss ich mich, nicht zurückzuhassen.“ Ihn ergänzte die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der PDS,

Petra Pau: „Die PDS definiert sich nicht als atheistische Partei. Allerdings hat sie noch eine Bringschuld in dieser Frage.“ Die in der DDR ausgebildete Lehrerin erfuhr, wie sie mitteilte, eine christliche Sozialisation. Sie habe die Christenlehre besucht, ließ sich konfirmieren, ging zur Jugendweihe, entschied sich schließlich für eine linkssozialistische Partei. Zahlreiche Besucher des Kirchentages interessierten sich für linke Politikansätze etwa an den Ständen der AG „Christinnen und Christen in der PDS“, der „Christinnen und Christen für den Sozialismus“ (CfS) sowie des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD). Auch die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung war mit zahlreichen Gesprächs- und Infor-

mationsangeboten vertreten. Erwähnt werden sollte auch, dass die „Initiative Kirche von unten“, „Pax Christi“, die „Ordensleute für den Frieden“ und weitere friedens-, gesellschafts- und sozialpolitisch engagierte Christen zum Gelingen des Treffens beitrugen.

So konnte es nicht verwundern, dass Gegensätze zwischen Armut und Reichtum, zwischen Wirtschaft und Umwelt artikuliert wurden. Hunderte demonstrierten im Bankenviertel gegen die Macht des Geldes. Bei einer Willenskundgebung vor der Deutschen Bank wurde das Kreditinstitut angeprangert als Finanzier des Apartheidregimes in Südafrika. „Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen“, war die übereinstimmende Meinung zahlreicher Anwesender. Wieder einmal wurde bei einem Kirchentag deutlich: Christen sowie ihre Kirchen und Gemeinden brauchen hierzulande eine neue Orientierung und Aufbruchstimmung

HERMANN GERATHEWOHL

SACHSEN NACH DER FLUT



Waffen, die schon im Frieden zerstören

Großwaffen, die für die Bundeswehr entwickelt und produziert werden.

Waffenprogramm	Bestand nach der Bundeswehr 2007/2008	zivile Alternativen*
Euro Fighter  Ab 2001	180 13-16 Mrd Euro	200-250 000 Sozialwohnungen à 100qm je 64.000 € (Investitionskosten)
Кампфштурмhelikopter „Tiger“  Ab 2002	80 1,1 Mrd Euro	500 Kindertagesstätten à 4 Gruppen je 1,35 Mio Euro Gesamtkosten
Transport-Helikopter NH90  Ab 2003	134 3,0 Mrd Euro	50 Berufsbildungszentren à 3000 Schüler (wiederholte Finanzierung)
Militär-Airbus A400M  Ab 2007	33 8,6 Mrd Euro	2250 Grundschulen à 6 Klassen à 3,8 Mio Euro Gesamtkosten
Luft-Boden-Rakete „Taurus“  Ab 2002	350 2,2 Mrd Euro	430 Altersheimen à 50 Plätze und 10 Tagesplätze je 5,2 Mio Euro Gesamtkosten
Luft-Luft-Rakete „Meteor“ 	2,1 Mrd Euro	400 Studentenwohnheime à 150 Betten je 3,3 Mio Euro Gesamtkosten

* Die IG Metall fordert die Umwidmung der Bundeswehr-Budgets in zivile Alternativen. Quelle: IG Metall, 11/2007; H.B. 18/95.2.2008; H.S. 2000; S.M.H. und T.H. 10/2000; Z.N. 2007/08

Lesezeichen
Diesmal als Frage: Was empfinden Sie beim Lesen und Betrachten unserer Jahres-Auslese? Was denken Sie?

IG Metall Leipzig appelliert an OBM Tiefensee



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee,

mit Sorge verfolgt der Ortsvorstand der IG Metall Leipzig die taktierende Vorgehensweise der politisch Verantwortlichen unserer Stadt in Bezug auf ein Verbot der für den 6. April 2002 vorgesehenen Nazi-Demonstration. Die zwar jeweils durch Auflagen eingeschränkten, aber am Ende tolerierten wiederholten nazistischen Aufmärsche schaden massiv dem politischen und wirtschaftlichen Ansehen Leipzigs. Die Welt schaut auf die BMW- und Olympia-bewerber-Stadt. Das friedliebende weltoffene Image Leipzigs steht auf dem Spiel. Zweimal schon ging von Deutschland ein furchtbarer Flächenbrand aus, an dessen Ende Millionen Tote standen. Waren es vor dem 1. Weltkrieg Parolen wie „Am deut-

schen Wesen soll die Welt genesen“, so war die Fortsetzung vor dem 2. Weltkrieg, dass die Nazi-Deutschen sich als „Herrenrasse“ fühlten und glaubten, sie hätten das natürliche Recht, andere Völker zu vernichten oder zu unterjochen. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.“ Es ist der gleiche menschenverachtende Geist wie damals, der sich heute unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts aufmacht, die nazistische Vergangenheit erneut zu beleben. Deshalb ist es keinesfalls nur eine juristische Frage des Demonstrationsrechts und möglicher Auflagen, diesem Spuk ein Ende zu bereiten. Vielmehr gilt grundsätzlich, die völkerrechtliche und moralische Verantwortung zur Basis der Entscheidung zu machen. Deshalb fordern wir Sie auf: Lassen Sie nicht zu, dass die Nazis die friedliche Leipziger Revolution von 1989 für sich instrumentalisieren! Sorgen Sie dafür, dass rechtsextremen Marschierern und Hetzern kein Fußbreit Leipziger Boden überlassen wird! **Setzen Sie politisch ein Zeichen: Verbieten Sie den Nazi-Aufmarsch vom 6. April!**

Für den Ortsvorstand der IG Metall Leipzig
Sieglinde Merbitz
Bevollmächtigte

GESUNDHEITSREFORM



Wer künftig A wie Arzt sagt, muss auch B wie Bezahlen sagen!

Lesezeichen

Es bleibt einem auch 2008 manche Nachricht im Halse stecken. So all jenen, die dieser Tage von der **BARMER Post** bekommen und erfahren, dass das bisher kostengünstige Hausarztprinzip dieser Kasse per Gerichtsbeschluss gekippt wurde.

Erfreuliche Post bekam die Redaktion – wie zu lesen – auch schon zum 10. Geburtstag. Damals u.a. vom Mann auf unserem heutigen Titelbild und von Wolfgang Bittner, von dem wir schon neue Texte „gespeichert“ haben. Mehr, demnächst, auf diesen Seiten ... auch von Jörn Schinkel.

LEIPZIGS NEUE wird zehn Jahre alt – herzlichen Glückwunsch!

Ich freue mich jedes Mal, wenn ich die Zeitung lese, in der seit einigen Jahren gelegentlich auch literarische oder politisch-satirische Texte von mir abgedruckt werden, die ich den großen Publikationsorganen gar nicht erst anzubieten brauche. Die alternative Szene ist in Deutschland leider sehr abgebröckelt. Bis vor etwa zwei Jahrzehnten erschienen in Westdeutschland zahlreiche alternative Blätter (Zeitungen und Zeitschriften). In fast jeder großen Stadt gab es ein Stadtmagazin, das Gegenposition zum üblichen Einheitsbrei bezog, lokale und auch überregionale Politik durchleuchtete, ansonsten vereilter Literatur und Kunst ein Forum bot. Diese Publikationen sind großenteils entweder eingegangen oder sie haben sich „kapitalisiert“. Insofern ist LEIPZIGS NEUE mit ungewöhnlichen Beiträgen, Meinungen und Stellungnahmen, die man sonst nicht lesen kann, außerordentlich wichtig – ein Lichtblick! Ich hoffe, die Zeitung bleibt uns noch lange erhalten. Alles Gute für die Zukunft.

Ihr Dr. Wolfgang Bittner,
Schriftsteller, Köln



MAN MUSS NICHT MIT ALLEM EINVERSTANDEN SEIN, aber LEIPZIGS NEUE bringt wichtige Zusatzinformationen, unterschlagene Nachrichten und zu Ende gedachte Analysen.

Günter Wallraf

Ämter sollen Lehrer denunzieren

LN. Wie der MDR auf seiner Internet-Seite informierte, hat das Sächsische Kultusministerium Lehrer wegen der Teilnahme an Demonstrationen gegen den Irak-Krieg von den Regionalschulämtern überprüfen lassen. Ministeriumssprecher Herz teilte mit, die Ämter hätten bis 15. April den Auftrag gehabt, jene Pädagogen zu melden, die während des Unterrichts ohne Genehmigung aus Dresden an

Friedenskundgebungen teilnahmen. Im Schreiben eines Regionalschulamtes an die Schulleitungen hieß es zur Begründung, es habe entsprechende Anfragen von Landtagsabgeordneten gegeben. Es handle sich also um einen „parlamentarischen Auftrag“ – ein Taschenspielertrick, denn PDS-Abgeordnete hatten nach Betroffenen gefragt, um sie vor Disziplinarmaßnahmen schützen zu können.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nannte die Aufforderung des Ministeriums „außerordentlich kritikwürdig“. Die Landesvorsitzende Gerold sagte, ein solches Vorgehen erwecke den Eindruck, Lehrern werde Pflichtverletzungen unterstellt, wenn sie sich für den Frieden engagieren. Den Schulleitern sei auch zugestanden worden, über Aktionen der Schulen selbst zu entscheiden.

Viele, die zu einer Beratung zu uns ins LEZ (Leipziger Erwerbslosenzentrum) kommen, sind verzweifelt. Kein Wunder, wenn beispielsweise den ohnehin schon Armen die Arbeitslosenhilfe weiter heruntergeschraubt und dabei noch sogenanntes Vermögen und alle Vorsorge angerechnet wird, einschließlich des Rückkaufwertes z. B. einer Lebensversicherung. Das, was als Absicherung fürs Alter gedacht war, wird als Vermögen gewertet!

Der Leiter des LEZ, Christian Lamß (51), erlebt, dass die Auswegslosigkeit der Langzeitarbeitslosigkeit manchen eher zum Trinken und zum Schuldenmachen verführt, als sich mit anderen zum Protest auf der Straße zu treffen. Auch wenn man allein zu Hause vereinsamt. Wer dennoch seine Schwellenangst überwindet und beim LEZ anklopft, der hat dann schon einen wichtigen Schritt getan.

Das LEZ in den Gohlis-Arkaden ist Arbeitslosentreff, Beratungs- und Informationsstelle für das Arbeits- und Sozialrecht, zugleich Weiterbildungs- und Beratungszentrum. Bei Bedarf bietet es Schuldenberatung.

Beim „Sächsischen Frühstück“ kann man sich regelmäßig treffen, um eigenen Bedrängnissen und persönlichen Ängsten zu Hause zu entfliehen, um miteinander zu reden. In Motivationsseminaren konnte man Zuversicht und Selbstvertrauen trainieren. Leider sind sie vorläufig gestrichen worden, da die EU derzeit keine Mittel bereitstellt.

„Wir wohnen und werden gehalten“ – wie im Zoo

Das „Leipziger Erwerbslosenzentrum“ – Anker in der Not

Die Vermittlung von PC-Kenntnissen und Fertigkeiten in einem Fotokurs könnten hierbei ebenso hilfreich sein wie die Auffrischung der Fahrerlaubnis eines Ängstlichen unter dem Motto: „Trau Dich! Fahr Auto!“

Das LEZ hilft auch bei der Vermittlung zu einer ABM-Vergabestelle. Aber niemand weiß, wie es mit der Arbeitslage weitergehen wird. Wie der Leiter des LEZ sagte, habe man versucht, die Betroffenen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu Aktionen zu bewegen. Doch das sei ausgesprochen schwierig gewesen. Die Masse der Enttäuschten wäre zu keinen größeren Aktionen mehr zu bewegen.

40 Mitarbeiter hat das LEZ. 1600 Besucher im Monat sind nicht schlecht. Im Leipziger Amtsbereich gibt es jedoch ungefähr 90 000 Arbeitslose. Die neuen „Job-Center“, die das Hartz-Papier vorsieht, werden das Problem nicht lösen. Wunder sind selbstverständlich auch im LEZ nicht zu erwarten!

Einer der Ansprechpartner dort, Roland Schindler (58), der schon über 400 Be-

ratungsgespräche u. a. zum Thema „Leiharbeit“ führte, sagte: „Zu mir kommen Leute mit typischem DDR-Schicksal – es sind häufig entweder Hochqualifizierte wie Diplom-Ingenieure, Direktoren, Abteilungsleiter oder es kommen die



Hilfsarbeiter. Es gibt keine Jobs. BMW schreibt ein paar hundert Stellen aus und 50 000 bewerben sich! Wer in den Westen gehen will, der sollte unter 40 sein. Vor der Tür stehen immer mehr. Manchem muss man erst klarmachen, was er eigentlich alles kann. Zum Beispiel einer Verkäuferin, die ganz am Boden war, habe ich gesagt: „Sie haben Fakturieren gelernt! Sie haben Buchhaltung gelernt! Sie haben den Verkauf gelernt. Sie kennen sich mit der Steuer aus. Sie haben ja alles gelernt! Das gehört alles in Ihre Bewerbung mit hinein! Unser wichtigstes Ziel ist, Leute wieder in Lohn und Brot zu bekommen.“

Wir setzen uns mit den Leuten hin und trinken zusammen einen Kaffee und wir reden. Wenigstens eine Stunde reden! Einer sagte uns dabei: „Wir leben wie die Tiere im Zoo. Wir wohnen und werden gehalten! Ist das ein Leben?“

• J.-F. SCHINKEL

Christian Lamß (Foto oben) und das LEZ in den Gohlis-Arkaden (nebenstehend)
Foto: Schinkel

Feuervogel und Wunderland

Russisches Märchen und französische Zauberei

Wie könnte es anders sein: Das für mehrere Jahre geplante Strawinsky-Projekt begann – entgegen früheren Ankündigungen – mit dem Ballett „Der Feuervogel“. Die dramaturgische Anlage des dreiteiligen Abends steigert die Erwartung auf dieses Meisterwerk, das im Juni 1910 wenige Tage nach dem 28. Geburtstag des bis dahin unbekannt Russen mit außergewöhnlichem Erfolg durch das Russische Ballett in Paris uraufgeführt wurde.

Zunächst erklang als Ouverture das kurze Orchesterstück „Feuerwerk“, das den russischen Impresario Sergej Diaghilew auf den jungen Mann aufmerksam gemacht hatte. Und es folgte als Kontrast die Sinfonie in drei Sätzen aus dem Jahre 1945 in der von Malin Thoors einstudierten Originalchoreographie von George Balanchine aus dem Jahr 1972.

Sie verwandelt die starken rhythmischen Impulse der Sinfonie in tänzerische Bewegung. Den kurzen Phrasen der Komposition entsprechend, wechseln die tänzerischen Formationen und deren Bewegungen ständig. Die Reihen des Beginns lösen sich schnell auf, Paare wirbeln in verschiedenen Kombinationen auf der Bühne. Maiko Oishi - Martin Chaix, Itziar Mendizabal - Giovanni Di Palma und Anna Tsybina - Jean-Sébastien Colau stehen im Mittelpunkt des Ganzen, doch ebenso bril-

lieren weitere Paare und das gesamte Corps mit virtuellen Leistungen.

Den „Feuervogel“ choreografierte der Ballettdirektor Paul Chalmer in der Tradition Michael Fokins in der märchenhaften Bühnen- und Kostümgestaltung Natalia Gontscharowa. So wird die Verwurzelung des Werkes in der russischen Folklore besonders sicht- und hörbar und die darüber hinausgehenden neuartigen Klänge und Farben wirken durchaus organisch. Von den vier Solisten stehen Jean-Sébastien Colau als Iwan Zarewitsch und Tatjana Paunovic als schöne Zarewa mit vielfältigen Tanzfiguren im Mittelpunkt. Itziar Mendizabal als farbenprächtigere Feuervogel hilft ihnen behende den grimmigen, sich bedrohlich bewegenden Tyrannen Kastschei zu überwinden. Das Ballettcorps wartet mit Prinzesinnen, Inderinnen und Indern, Frauen Kastscheis, russischen Männern, Kikomoras und Belibotschkis in großartigen Tanzbildern auf. Und das Gewandhausorchester zaubert unter Axel Kobers souveräner Leitung den klanglichen und farbigen Reichtum in den Raum. Einhelliger Beifall auch in der zweiten, allerdings nicht mehr ausverkauften Aufführung.

Alles im Wunderland“ beschert die vorletzte Premiere der Oper Leipzig in dieser Saison in der Musikalischen Komödie.

Da erlebt in Maurice Ravel's in jeder Hinsicht zauberhafter lyrisch-phantastischer Begebenheit „Das Kind und der Zauberspuk“ ein ungezogener Junge, der Tiere quält und Gegenstände zerschlägt, wie sich alles gegen ihn wendet. Der Regisseur Philipp J. Neumann führt das mit viel Phantasie auf zwei Ebenen vor, im Zimmer des Jungen und in der darunter liegenden Etage mit den Sängern und Spielern der Tiere und Gegenstände, die mit Tieren auf Stangen den Unhold sein Unwesen begreiflich machen. Um Johann Lieberwirth als fluchenden und Mirjam Neururer als singenden Jungen sind Ensemblemitglieder der Musikalische Komödie gestaltungsfreudig am Werk. Das Orchester des Hauses demonstriert unter Leitung seines Chefdirigenten Stefan Diederich, dass es auch dieser ungewöhnlichen Partitur gewachsen ist.

Im zweiten Teil des Abends führen das von Mirko Mahr geleitete Ballett der MuKo und von Philipp J. Neumann betreute Mitglieder des Kinderchores der Oper Camille Saint-Saens große zoologische Phantasie „Der Karneval der Tiere“ höchst turbulent vor. Verkleidung erfolgt da auch auf offener Bühne. Als Pianisten zeichnen sich dabei Christian Hornef und Mathias Drechsler aus.

• WERNER WOLF

Klassik und Neues im Konzert

Auch das Gewandhauskonzert unmittelbar vor Beginn der Europa-Tournee bewies nachdrücklich, wie gründlich Riccardo Chailly das Orchester vorbereitet hat. Beim Violinkonzert von Brahms kam mit dem jungen Geiger Leonidas Kavakos ein großartiger, sensibel und ausdrucksstark musizierender Solist hinzu. Bei der Interpretation der vierten Sinfonie von Tschairowski entfesselte der Dirigent alle Kräfte bis an die äußerste Grenze der Gegensätze.

Tief beeindruckend wirkte das Konzert des Universitätschors und des Mendelssohnorchesters unter der Leitung David Timms in der Thomaskirche. Vor allem Bachs Motette „Der Geist hilft unsrer Schwachheit auf“ und die zehnte Sinfonie von Dmitri Schostakowitsch bewegten die Zuhörer in der überfüllten Thomaskirche nachdrücklich.

Nach Werken von Fritz Geißler und Stephan König führte Horst Förster im die Saison beschließenden 6. Akademischen Konzert vier Sätze aus Siegfried Matthus' geistvollem Divertimento „Triangelkonzert“ auf und erntete dafür mit seinem Orchester wiederum viel Beifall. Und im Konzert des Sächsischen Musikbundes erhielt der Dresdener Komponist Wilfried Krätzschar für seine ideenreichen Solostücke für Fagott, Harfe, Bratsche und große Trommel viel Zustimmung. • W.

Arbeitsamtskonzert

1. Juli 2008

Agentur für Arbeit Leipzig
(Georg Schumann-Str. 150)

16:30 Poetry Revue & Offene Bühne

(Eingang der Agentur für Arbeit)

18:00 Uhr Konzert & Poetry

(Wiese hinter der Agentur für Arbeit)

Mitarbeiter der Agentur für Arbeit Leipzig singen für Arbeitssuchende und Gäste Werke von Hanns Eisler, unterstützt von Mitgliedern des MDR-Sinfonieorchesters (Dirigentin: Barbara Rucha). Poeten und Gäste auf offener Bühne und zwischen den Konzerteilen mit kritisch, erhellenden Texten zum Thema „Arbeit“.

Eintritt frei!

Ein visuelles Mosaik



Heinz Müller: „Platz im frühen Aprillicht“, 1986, Öl auf Hartfaser
Foto: Stadtgeschichtliches Museum

Im Mai 2007 verstarb der Leipziger Maler Heinz Müller im Alter von 83 Jahren. Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig nimmt den ersten Todestag zum Anlass, eine umfassende Schau des Künstlers zu präsentieren. Hilfreich war dabei die Dauerleihgabe von 150 Gemälden aus dem Privatbesitz von Wendelin Wiedeking, dem Vorstandsvorsitzenden der Porsche AG, aus dessen Sammlung 57 Gemälde derzeit gezeigt werden. Wer sich ein visuelles Mosaik von Leipzig zusammensetzen möchte, wird um Heinz Müller nicht herumkommen. Seine bedächtigen, ruhigen, grauen Stadtlandschaften prägen bis heute das kollektive Gedächtnis dieser Stadt. Der Meister der zerfließenden, sich auflösenden Stadtarchitektur war nicht nur der Chronist des Verfalls, des Festhaltens melancholischer Stadtmomente, die bis an die Grenze zur Romantik heranreichen, nein, er konnte auch anders. Satte, lebensbejahende nymphenhafte Badende gehören zu seinem Schaffen genauso wie stille Portraits. Diese Widersprüche reizen und regen an. Eine gelungene Ausstellung. „Heinz Müller – Bilder einer Stadt“ bis 27. Juli, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Neubau Böttchergässchen, Di-So. 10-18 Uhr

• D. M.

Nix mit Nix

Man spricht von einem Scherbengericht, das man über jemanden oder etwas abhält, wenn man zum Ausdruck bringen will, das man mit jemandem oder einer Sache übermäßig hart ins Gericht geht. Bei den alten Griechen wurde dazu der Name des Betroffenen auf Stimmzettel geschrieben, und das waren Tonscherben.

In Leipzig ist in Sachen Kultur wieder mal ein Scherbenhaufen zu beklagen, denn die Linke und die CDU (gemeinsam!!!) sprechen von einer missglückten Suche nach einem neuen Kulturbürgermeister. Im Amtsdeutsch heißt es: Das Auswahlverfahren ist gescheitert. Und damit zunächst auch der von den LINKEN ins Spiel gebrachte Theaterintendant Christoph Nix (parteilos). Er wirft das Handtuch, weil er sich – durch die OBM – düpiert fühlt.

Die Linksfraktion erhebt Anspruch auf einen zweiten Bürgermeisterposten aufgrund ihrer Fraktionsstärke im Parlament. Die Zeit drängt, denn die „Graue Eminenz“ Girardet tritt bald von der Bühne ab.

Vielleicht kriegen wir noch Berliner Verhältnisse und der OBM übernimmt das Kulturressort im „Jung“-Team(sprich Junktim).

• CK

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Da hatten dieser Tage im Nachmittagswochenendprogramm des mdr-fernsehens zwei Damen und ein Mann miteinander zu tun, die unterschiedlicher nicht sein können. Und die Sache ging auch richtig daneben.

Reden wir zunächst von Zarah Stina Hedberg (Künstlername Leander). Jahrgang 1907 und offenbar wohl unsterblich. Die

andere Dame ist Petra Kusch-Lück, Jahrgang 1948, und kürzlich zur beliebtesten Fernsehansagerin Deutschlands (!) gewählt. Der Mann heißt Roman Knoblauch, Jahrgang 1968, kam einst vom Leipziger Stadtfernsehen zum mdr, und versucht sich auch als Comedian.

Fünf Minuten dauerte das Fernseh-„wunder“ der drei Akteure. Roman tat das, was schon Tausende – vor ihm getan haben. Er setzte sich eine rote Perücke auf, schminkte sich nach alten Fotos und tönste: „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen...“

Ja, und Petra kuschte auch und sagte die „große Diva Zarah“ an. Roman drehte sich im Kreis

tanzte und tingelte sich an einem der schlimmsten Durchhalte-Schmachtfetzen des Nazi-Regimes entlang. Der junge Mann wird das alles nicht wissen, oder es hat ihm keiner gesagt, dass dieser Text aus dem Film: „Die

**Zarah,
Roman und Petra**

VON
Michael Zock

große Liebe“ stammt, der von Goebbels samt Melodien das Prädikat „staatspolitisch wertvoll“ bekam. 1945

verboten die Alliierten Militäregierungen diese Produktion samt Liedern. Roman kam ja erst 23 Jahre danach zur Welt. Petra hat sich offenbar auch nicht sonderlich dafür interessiert und Zarah, die war schon immer jenseits von Gut und Böse. Nur: ihre schwedischen Landsleute verübelten ihr die Liaison mit den Nazis noch viele Jahre.

An dieser Travestie zeigt sich eine zunehmend zu beobachtende Geschichts- und Kulturlosigkeit, quer durch unsere Gesellschaft, über die man sich schon nicht mehr wundern kann. Wenn Roman unbedingt Zarah sein möchte, dann doch bitte zuhause vor dem Spiegel ... aber ob Petra ihn dann als „große Diva“ ansagt?

Bei der kritischen Aufarbeitung der weithin verklärten Geschichte der alten Bundesrepublik gibt es einen großen Nachholebedarf. Gerade angesichts der aktuellen Bestrebungen, das in der Vor- und Frühgeschichte der BRD entstandene marktwirtschaftliche Modell an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts „anzupassen“ (was für die Wirtschaftskapitäne darauf hinausläuft, mehr Leistungsbereitschaft einzufordern), gibt ein Blick zurück in den Zeitraum von 1948 bis 1953 interessante Aufschlüsse. Der Autor weist nach, dass diese auf Wirtschaftswachstum und gleichzeitig auf Interessenausgleich und hohe soziale Standards gerichtete wirtschaftspolitische Strategie, die das „Wirtschaftswunder“ hervorgerufen haben soll, nicht mit einer Idee Ludwig Erhards begann, sondern das Resultat harter Auseinandersetzungen in der Gesellschaft war. Denn maßgeblich hat nach der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948 mit Einkommenspolarisierung, Lohnstopp und Preiswucher sowie in der Folge mit breitem Unmut und Kampfbereitschaft der Bevölkerung der „heiße Herbst“ dieses Jahres einen Kurswechsel eingeleitet. Höhepunkte waren die in der Geschichtsschreibung bislang totgeschwiegenen „Stuttgarter Vorfälle“ vom 28. Oktober 1948 – eine in gewalttätigen Ausschreitungen endende Gewerkschaftskundgebung – und der Generalstreik am 12. November, zu dem sich die Gewerkschaftsführer durch immer dringlichere Rufe nach Selbsthilfe und gewerkschaftlichen Aktionen, gedrängt sahen. Bemerkenswert ist, dass in den Forderungen der Gewerkschaften neben der Be-

„Soziale Marktwirtschaft“ – eine Entzauberung

seitigung der immer bedrohlicheren wirtschaftlichen und sozialen Schieflage die „Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor“ und die „Überführung der Grundstoffindustrie und der Kreditinstitute in Gemeineigentum“ enthalten sind.

Der Autor analysiert die Reaktionen auf diese Zuspitzungen und verfolgt eingehend die Aktivitäten und die Phasen zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, zu deren maßgebenden Schritten u.a. die Aufhebung des Lohnstopps im November 1948, gehörte. Der Autor bewertet die neue wirtschaftspolitische Strategie und ihre schrittweise Durchsetzung als Resultat der gesellschaftlichen Konflikte und des realen Kräfteverhältnisses jener Jahre.

Gleichzeitig machte jedoch der Staat dort, wo marktwirtschaftliche Regulierung an ihre Grenzen stieß, nach wie vor seinen Einfluss geltend – mit dem „Jedermann-Programm“ zur Konsumgüterbereitstellung, dem Gesetz zur Stabilisierung des Brotpreises, der Bildung eines staatlichen Preisrates, der weitgehenden Herausnahme der Landwirtschaft wie auch des Wohnungsbaus und der Wohnungsbe-wirtschaftung aus der freien Preisbildung, schließlich mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Somit bewegte sich die Wirtschaftslenkung – abweichend von der durch Erhard vertretenen reinen Marktlehre – zwischen Marktregulierung und



staatlicher Steuerung, die durchaus nicht auf sozial abfedernde Maßnahmen beschränkt blieb. Auch ist das rasche Wirtschaftswachstum dieser Jahre nicht in erster Linie durch Wirtschaftstrategien geprägt worden, sondern vor allem von den konkreten Gegebenheiten der Nachkriegszeit.

Eine bis zum Jahre 1953 reichende Zeittafel ermöglicht eine rasche Einordnung der einzelnen Ereignisse in den Gesamtprozess.

• GÜNTER LIPPOLD

Jörg Rosler: *Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre "Argumente" produzieren.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2008. 111 Seiten, 9 Abb., 9,90 Euro (Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 43)

Band 4 der anspruchsvollen Reihe „Bilder und Zeiten“ des Lehmanns Verlag präsentiert Künstlerporträts von Roger Melis. Er enthält Fotografien aus den Jahren 1962 bis 2002, vorwiegend Porträtaufnahmen von Schriftstellern, aber auch einige von bildenden Künstlern und Schauspielern.

Der literaturgeschichtliche Bogen spannt sich von Arnold Zweig, Ludwig Renn und Anna Seghers

bis zu Daniela Dahn und Ingo Schulze. Den Schwerpunkt bildet, dem Lebens- und Arbeitsbereich des Fotografen entsprechend, die literarische Szene der DDR. Doch boten sich ihm auch Gelegenheiten zu Begegnungen mit Autoren aus dem gesamten deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. So entstanden 1965 beim internationalen Treffen der Schriftsteller für den Frieden in Weimar u.a. Aufnahmen von Pablo Neruda, bei der Berliner Begegnung 1981 von Erich Fried und Adolf Muschg.

Der enge Kontakt zum Verlag Volk und Welt ermöglichte es Melis, mit den dort betretenen Autoren aus Ost und West zusammen zu kommen – der Band verdankt diesem Umstand u. a. Porträts von Aitmatow, Jandl und Koeppen. Auch sie bezeugen trotz der oft nicht allzu günstigen Umstände ihres Entstehens die Meisterschaft des Fotografen.

Am aussagestärksten sind jedoch die Bilder, die Melis im Lebens- und Arbeitsumfeld der jeweils Porträtierten machen

konnte. So wie es die von ihm bevorzugte halbnahe Einstellung ermöglicht, auch charakteristische Gesten und Posen seines Gegenüber zu erfassen, sagt der dadurch mit ins Bild gebrachte Hintergrund viel über den Porträtierten aus. Hier gelingt, was vom Herausgeber Mathias Bertram als Anliegen der Buch-Reihe postuliert wurde, „durch die Kraft gelungener Bilder“ dem „aufmerksamen Be-

Ein Fest für Freunde von Literatur und Fotografie

trachter ohne fremde Hilfe Geschichten zu erzählen“. Diese Wirkung verstärkt sich dann noch, wenn dieser Betrachter mit einer ganzen Serie von Porträts einer Autorin oder eines Autors konfrontiert wird, die in größeren Zeitab-

sind. Sarah Kirsch zwischen 1972 und 1981, Franz Fühmann zwischen 1969 und 1981, Peter Hacks zwischen 1965 und 1988 oder Heiner Müller zwischen 1967 und 1994 – die Bilder fordern den Betrachter heraus, nachzudenken über Lebensgeschichten, über Literaturgeschichte und über unsere Geschichte generell.

Wer sich dazu anregen lassen möchte und es sich leisten kann, den Preis zu zahlen, den ein Buch dieser (Druck)Qualität verlangen muss, oder wer die Chance hat, es sich zu einem besonderen Anlass schenken zu lassen, der sollte nicht zögern, dies zu tun.

• KLAUS PEZOLD

Roger Melis: *Künstlerporträts. Fotografien 1962-2002.* Lehmanns Verlag Leipzig 2008. 232 S., 29,90 Euro

Dieses Buch versammelt Studien zum Bitterfelder Weg, von denen einige in abgewandelter Form schon in früheren Sammelbänden veröffentlicht worden sind. Dazu gesellen sich Interviews mit Zirkelteilnehmern und Beiträge zur Ausstrahlung des Bitterfelder Weges auf die Bundesrepublik.

Diese Zusammenstellung repräsentiert den gegenwärtigen Forschungsstand. Während die politischen Intentionen weitgehend klar sind – der Beitrag von Matthias Braun analysiert die Reden Walter Ulbrichts –, fehlen Quellenstudien, die den raschen Aufstieg der Zirkelarbeits, ihre Breite in den sechziger und siebziger Jahren, ihre künstlerische und soziale Qualität sowie ihr Versanden rekonstruieren.

Kurt Groschopp umreißt den Auftrag der betrieblichen Kulturhäuser, das sozialistische Bildungs- und Erziehungsziel umzusetzen bzw. Orte für die Freizeitgestaltung mit kulturellen Angeboten zu sein. Einen tiefer gehenden Einblick in die Zirkelarbeits gibt Burghard Duhm in dem Aufsatz über den Maler Walter Dötsch. Sein damals heftig diskutiertes Bild „Schmelzer

Noch kein Ende des Bitterfelder Weges

Nationalpreisträger Hübner hilft seinen Kollegen“ von 1961 gehört zu den bleibenden Zeugnissen dieser Periode. Dötsch, der von 1952 bis zu seinem Tode 1987 zwei Zirkel leitete, stellte in den wöchentlichen Treffen die handwerkliche Ausbildung an den verschiedensten Techniken in den Mittelpunkt. Es ging ihm nicht darum, die Teilnehmer zu Künstlern auszubilden, sondern ihrer Freizeit einen bildenden Sinn zu geben. Das bestätigt auch die im Band platzierten Interviews mit ehemaligen Zirkelteilnehmern.

Die Mehrzahl der Studien widmet sich der Literatur, im besonderen der Bewegung schreibender Arbeiter. Siegfried Lokatis beschreibt den Aufstieg des Mitteldeutschen Verlags zum (ersten) Leitverlag für sozialistische Gegenwartsliteratur. Simone Barck zeichnet die kurze Blüte der Bewegung schreibender Arbeiter nach, deren Ertrag

in der kulturellen Bildung der Arbeiter und in der sozialen Sensibilisierung der DDR-Schriftsteller zu finden ist. Im Detail ist noch nicht aufgearbeitet, wie und in welchem Umfang der Bitterfelder Weg auf die Entwicklung der DDR-Literatur eingewirkt hat. Das ist ein empfindliches Desiderat, da man davon ausgehen kann, dass nahezu jeder DDR-Schriftsteller aus der Kriegs- und Nachkriegsgeneration hier Einblicke in den betrieblichen Alltag und seine Konflikte gehabt hat.

Dagegen informierten substantielle Artikel ausführlich über die Arbeiterliteratur der Bundesrepublik. Volker Zaib stellt klar, daß die Dortmunder Gruppe 61, zu der Peter Kühne ein ausgezeichnetes soziales Profil beisteuerte, keineswegs eine Nachahmung der Bewegung schreibender Arbeiter gewesen ist. Die zeitliche Nähe liege darin begründet, dass in beiden Gruppen

– die sich gegenseitig nicht zur Kenntnis nahmen – auf verschiedene Weise auf die veränderten Arbeitsbedingungen des Proletariats reagiert wurde. Josef Büschers Aktivitäten (in Gelsenkirchen) für die schreibenden Arbeiter brachten Konflikte in die Gruppe bis zum Bruch mit ihr 1968, was auch die Gruppe 61 paralyisierte. Den Band schließt ein Aufsatz von Rüdiger Scholz ab, der der Arbeiterliteratur eine Funktion für die Darstellung sozialer Konflikte zuweist, ihr aber in der gegenwärtigen Gesellschaft keine Zukunft verspricht.

Der Band ist dem Andenken Simone Barcks gewidmet, die in dieser ihrer letzten Arbeit noch einmal Bahnbrechendes für die Aufarbeitung der komplexen ideologischen, institutionellen und sozialen Prozesse der DDR-Literatur geleistet hat.

•DIETRICH LÖFFLER

Simone Barck, Stefanie Wahl (Hrsg.): *Bitterfelder Nachlese. Ein Kulturpalast, seine Konferenzen und Wirkungen.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2007. 288 S., 14,90 Euro

ANNOTIERT

Horst Schneider: *Gruselstory Checkpoint Charlie. „Die Frau vom Checkpoint Charlie“-Leidvolle Wahrheit oder Lügengeschichte?* Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2008. „Reihe rote Taschenbücher“, Bd. 4. 174 Seiten, 5,00 Euro

Der Fernsehfilm wurde in der ARD im Herbst 2007 gesendet. Auffällig ist, dass in ihm der leibliche Vater der Kinder überhaupt nicht vorkommt, als habe es ihn nie gegeben. Doch er, Christian Gallus, der sich nach der gescheiterten Republikflucht seiner geschiedenen Frau um die gemeinsamen Töchter liebevoll kümmerte, stand Horst Schneiders Rede und Antwort, half Licht in die Familiengeschichte zu bringen. Dazu tragen auch Briefe seiner Kinder und Dokumente (Seite 127-163) aus dem Besitz Gallus bei.

Schneider, auf der Spurensuche nach der wahren Geschichte der Jutta Gallus (heute Fleck), entlarvt die größten Fälschungen des Films und der ihm zugrunde liegenden Romane und benennt die mit diesem Film verfolgten politischen Absichten. • K.S.

Vor 60 Jahren:

Währungsreform teilt Deutschland

Von langer Hand wurde die Aktion vorbereitet und das neue Geld schon Ende 1947 in den USA gedruckt, aber dann kam sie urplötzlich über Nacht in die Wirtschaft und das Leben der Menschen: die D-Mark, die Mark der Bank deutscher Länder. Am Sonntag, 20. Juni 1948, begann in den westlichen Besatzungszonen die Ausgabe der neuen Banknoten. Jeder erhielt eine erste Rate von 40 DM, restliche 20 DM folgten im August. Die Reichsmark, mit der Nazideutschland den Krieg finanziert hatte, wurde abgeschafft. Alte Markscheine und die kleinen Geldmünzen behielten in Höhe von einem Zehntel des Nennwertes vorerst noch Gültigkeit. Im Allgemeinen wurde das Altgeld im Verhältnis 10:1 gegen DM eingetauscht und auf so genannte Frei- und Festkonten umgeschrieben. Während die Aktiengesellschaften nur 15,9 Prozent ihres Kapitals einbüßten, verlor die westdeutsche Bevölkerung 91,9 Prozent ihrer Sparguthaben. 15 Millionen Konten kleiner Sparer wurden gelöscht. Die meisten Konzerne konnten ihr Aktienkapital im Verhältnis 1:1, einige wie die Mannesmann AG im Verhältnis 1:2 oder die Klöckner-Werke AG, die Harpener Bergbau AG und die Essener Steinkohlenbergwerke AG im Verhältnis 1:3,7 umwerten. Am Montag nach der Währungsreform trauten die westdeutschen Bürger ihren Augen nicht mehr. Die Schaufenster hatten sich über Nacht wieder mit den schönsten Dingen gefüllt, die die Ladenbesitzer bis dahin gehortet hatten. Mit der Währungsreform wurde die Einbeziehung der Westzonen in die amerikanische Marshallplanhilfe ermöglicht, die westeuropäische Nachkriegswirtschaft stabilisiert und, wie angestrebt, die „weitere Ausdehnung des Kommunismus“ eingedämmt. Das Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens war von den drei westlichen Militärgouverneuren am 18. Juni erlassen worden



Nach der Währungsumstellung öffnen in Westberlin die ersten Wechselstuben



Belegschaften demonstrieren gegen die Spaltung Berlins durch die Einführung einer Separatwährung. Fotos.:LN-Archiv

– inmitten der Verhandlungen aller vier Besatzungsmächte über eine einheitliche Währungsreform in ganz Deutschland. Nun flossen ab 20. Juni 1948 massenhaft entwertete Reichsmarkbestände von den westlichen in die sowjetische Besatzungszone ab. Deshalb erließ die SMAD am 23. Juni den Befehl Nr. 111 über die Durchführung der Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone. Da noch keine neuen Banknoten gedruckt worden waren, wurden zunächst Reichsmarkscheine mit Kupons versehen und in Umlauf gebracht. Ab 26. Juni galt die neue Währung. Pro Person wurden bis zu 70 RM im Verhältnis 1:1 umgetauscht, Beträge über 70 RM

im Verhältnis 10:1 umgewertet; bei Spareinlagen bis zu 1 000 RM wurden 100 Mark 1:1, die weiteren Beträge 5:1 umgewertet. Alle alten Konten über 3 000 RM wurden überprüft. Kriegsgewinnen oder Gewinnen aus Schiebungen und Spekulationen wurde so entgegengewirkt. Die neu gedruckten Banknoten lösten nachfolgend die Kuponmark ab.

Dramatisch entwickelten sich die Ereignisse um die Berliner Westsektoren. Obwohl die westlichen Militärgouverneure am 18. Juni in einem Schreiben an den Marschall der Sowjetunion Sokolowski eine Übertragung der separaten Währungsreform von den westlichen Besatzungszonen auf Westberlin voneint hatten, wurde dennoch am 23. Juni in Westberlin die D-Mark eingeführt. Daraufhin sperrte die Sowjetunion die Zufahrtswege von den westlichen Besatzungszonen nach Westberlin. Der Interzonenhandel kam zum Erliegen. Es folgten die bis April 1949 andauernde Blockade und die westliche Luftbrücke mit den „Rosinenbomben“ nach Westberlin. Diese Vorgänge bewirkten einen beträchtlichen Prestigeerfolg für die Westmächte und bedeuteten Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus. Der Kalte Krieg erreichte in Europa einen ersten brisanten Höhepunkt.

Die Ereignisse vom Juni 1948, durch die Deutschland in zwei entgegengesetzte Wirtschaftsgebiete geteilt wurde, zeigen deutlich, dass die Spaltung Deutschlands langfristig von den Westmächten – insbesondere von den USA – anvisiert wurde. Die Westmächte agierten und die Sowjetunion musste reagieren. Bei der Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte bis zur Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit gilt es diese Tatsachen zu beachten.

• WINFRIED STEFFEN

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Margarete Kaufmann

Ihre ersten Lebensjahre verbrachte Margarete Kaufmann, am 18. 6. 1908 geboren, in Petersburg. 1919 übersiedelte die Familie nach Danzig und später nach Berlin. Hier beendete sie das Lyzeum und arbeitete anschließend als Stenotypistin.

Fünfehnjährig trat sie der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. Ende der zwanziger Jahre wurde sie Mitglied der SPD, wo sie als Jüdin in der sozialdemokratisch orientierten jüdischen Organisation "Poale Zion" ihre eigentliche politische Aufgabe sah. Anfang 1932 trat sie zur KPD über, die sie alsbald im Berliner Unterbezirk Zentrum mit wichtigen Aufgaben betraute. 1936 übernahm sie die Leitung der KPD-Parteioorganisation in den südlichen Bezirken Berlins. Zugleich schrieb sie für die "Wahrheit", "Rote Signale", "Agitator" und andere illegale Schriften Artikel und Gedichte, in denen sie mit beißender Ironie die Zustände im faschistischen Deutschland geißelte und zum Widerstand aufrief.

1936 wurde Margarete Kaufmann im Zuge einer Verhaftungswelle, der Hunderte Antifaschisten zum Opfer fielen, verhaftet und ins Frauengefängnis Barnimstraße gebracht. Nach Verhören und Folterungen verurteilte sie die faschistische Justiz zu fünfzehn Jahren Zuchthaus. Sie durchlebte die Zuchthäuser Lübeck-Lauerhof, Fuhlsbüttel, Hagenau/Elsaß und die Strafanstalt Cottbus. Die letzte Eintragung in ihren Zuchthausakten lautete: "Margarete Kaufmann ist am 21. Dezember 1942, 18,15 Uhr, an den Herrn Reichsführer der SS übergeben worden." Sie wurde nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

In der Berliner Linienstraße 154 a, ihrem einstigen Wohnhaus, erinnert eine Gedenktafel an die mutige jüdische Kommunistin.

Alfred Jung

Der Arbeiter Alfred Jung wurde am 13. Juni 1908 in Berlin geboren. 1927 war er der KPD beigetreten und gehörte der von Anton Saefkow und Franz Jacob geleiteten kommunistischen Widerstandsorganisation an. Mehrmals verhaftet und misshandelt, wurde er mit Kriegsbeginn zur faschistischen Wehrmacht eingezogen und später als Sanitätsobergefreiter der Bewachung von sowjetischen, französischen und serbischen Kriegsgefangenen in Fürstenberg/Oder zugeteilt. Er gewann ihr Vertrauen und konnte die Bemühungen, die Zusammenarbeit mit organisierten Gruppen der Kriegsgefangenen aufzunehmen, wirkungsvoll unterstützen. Ihm zur Seite stand sein Freund Harry Harder, der den Kontakt zu Franz Jacob hielt.

Beide, Alfred Jung und Harry Harder, fielen im Juli 1944 der Gestapo in die Hände. Ein faschistisches Gericht verurteilte sie zum Tode. Am 13. November 1944 wurden sie im Zuchthaus Brandenburg auf dem Schafott hingerichtet.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (63)

Das Barfußgäßchen, zu dem früher auch die kleine Fleischergasse gehörte, erinnert an das Franziskanerkloster. Die Franziskanermönche wurden wie auch die Kapuziner und die Karmeliter wegen dem Gebot der Bedürfnislosigkeit auch Barfüßer genannt. Einzelne Ordensverbände betrachteten das Barfußgehen als Werk der Askesse. Gegründet wurde der Orden vom heiligen Franz von Assisi. Sie setzten sich im 13. Jahrhundert auf der geschleiften Hauptburg fest und gründeten dort ein Kloster. Wie dieses aussah, ist weitgehend unbekannt. Bekannt blieb nur die Klosterkirche, eine einschiffige Saalkirche. Sie entstand bereits etwa 1239 und wurde 1501 als Barfüßerkirche geweiht. Sie wurde Ende des 15. Jahrhunderts wesentlich erweitert und zu einer Hallenkirche umgebaut. Die Franziskanermönche erwarben im Laufe der Zeit einen erheblichen Grundbe-

sitz. Das stand im Widerspruch zu ihren Ordensregeln. Um 1450 versuchten sie dieses Problem zu lösen und gaben 26 Acker Holz (Wald) im Rosental der Stadt Leipzig zurück. Das Kloster unterhielt in

Barfußgäßchen / Matthäikirchhof

der Stadt ein so genanntes Beginenhaus. In diesem lebten Frauen in halbklosterlicher Frauengemeinschaft ohne Ordensgelübte. Sie wurden mit Handarbeiten beschäftigt oder zur Krankenpflege herangezogen, konnten jedoch jederzeit ins bürgerliche Leben zurückkehren. Auch eine Mühle, die Barfüßermühle, betrieben die Mönche. Nachdem 1539 im albertinischen Sachsen die Reformation eingeführt wurde, wurden die Klöster aufgelöst.

Die Kirche wurde an die Stadt Leipzig verkauft. Diese richtete in ihr ein Lager-

haus für die Kaufleute ein. 1698/99 wurde sie restauriert und am 24.9.1699 als protestantische Neukirche wieder geweiht. Ihren Turm erhielt sie nachträglich. In dieser Kirche war Georg Philipp Telemann als Organist tätig und entwickelte sie zu einem Kirchenmusikzentrum. Während der Völkerschlacht diente sie als Lazarett für 1.200 Verwundete. Erst 1817 wurde sie ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt und 1876 zur Pfarrkirche erhoben. Sie erhielt dem Zeitgeschmack entsprechend eine gotische Gestaltung und den Namen Matthäikirche. Matthäus war der erste Evangelist. Über sein späteres Leben ist nichts bekannt. Er gilt als Märtyrer. Beim Bombenangriff am 4.12.1943 wurde die Kirche zerstört und 1949 entgültig abgebrochen.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Ein Sportjournalist, der dieser Tage nicht über Fußball schreibt, genauer über die Europameisterschaft und noch genauer über „Deutschland“ gerät in Gefahr, entweder als nicht seine Aufgaben meisternd bewertet zu werden oder gerät sogar in Verdacht, kein Patriot zu sein. Wer mag sich solchem Risiko schon aussetzen? Ich bin von Hause aus kein Feigling, und ich bleibe auch gelassen, weil ich im neunten Stock wohne und mir deshalb kaum jemand die Fensterscheiben steinigen kann. Ansonsten aber: Man muss den Stimmungs-Realitäten Rechnung tragen... Und: Was immer in den Tagen geschehen sein mag, die bis zum Druck dieser Zeilen vergehen, ich kann nicht ignorieren, dass die Bundeskanzlerin extra zum im Grunde belanglosen Testspiel gegen Serbien reiste und nach dem Abpfiff von ihren Bodyguards durch die Kellerflure in die deutsche Kabine geleitet wurde, wo die Aktiven wartend und demzufolge auch sittsam bekleidet, erfuhren, dass sie ihnen "Good luck" wünscht. Man sollte mir nicht verübeln, wenn ich daran erinnere, dass Honecker nie solche Kabinenbesuche abstattete - vielleicht war das eine der Ursachen, die die Mängel des DDR-Fußballs erklären. (Zwar hatte Ministerpräsident Stoph seinen Bruder an die Spitze des Fussballverbandes kommandiert, aber das reichte eben nicht.) Ich will jede Nostalgie vermeiden, aber das alles war mir in den Sinn gekommen, als ich mich daran machte, nicht die Chancen, sondern als Service für die Leser die Herkunft der deutschen Nationalspieler aufzuklären. Die 23 logieren in Ascona und studiert man deren Geburtsorte, dann stößt man darauf, dass 56 Prozent von ihnen in der BRD zur Welt kamen. Es folgt die DDR mit 22 Prozent und das verdient schon deshalb Aufmerksamkeit, weil doch die DDR gern zu den

Fußball-Kellerkindern abqualifiziert wird. Mit Hinweisen darauf, dass man zwar Radfahren konnte, aber auf dem Fußballrasen nie in die Nähe eines WM-Titels kam. Dass Angela Merkel beim Serbien-Spiel das Experten-Urteil verkündete: „Michael Ballack hat seiner Kapitänbinde alle Ehre gemacht“ rückt das Kellerkinder-Urteil allerdings ein wenig zurecht, denn der hatte 1976 in Görlitz das Licht der Welt erblickt und das Fussballspielen in der DDR erlernt. Zu ihm gesellen sich noch Rene Adler (Leipzig), Tim Borowski

Sportkolumne

22 Prozent Kicker aus der DDR

(Neubrandenburg), Robert Enke (Jena) und Clemens Fritz (Erfurt). Vermutlich möchte der Leser wissen, wie sich die restlichen 22 Prozent verteilen: Drei deutsche Nationalspieler - also 13 Prozent - wurden in Polen geboren, und jeweils einer (4,5 Prozent) in der Schweiz und in Brasilien. Der Brasilianer Kevin Kuranyi ist übrigens auch ein Beispiel dafür, dass Staatsbürgerschaft und Nationaltrikot nicht identisch sein müssen - Kuranyi könnte nach seinen Pässen für Brasilien, Panama oder Deutschland spielen. Wenn die Europameisterschaft zu Ende ist, werden die Erlöse verteilt und da fragt niemand nach Herkunft oder Pass. Noch bevor die Überweisungen veranlasst werden, sind allerdings allerhand Ausgaben zu begleichen. Wen in dieser Hinsicht Hintergründe interessieren, muss nur dem Präsidenten des Fußballverbandes DFB zuhören: "Man muss einer Kuh zu trinken geben, wenn man sie melken will, das ist eine alte volkswirt-

schaftliche Wahrheit. Ohne unser Zugpferd Nationalmannschaft würden wir weit weniger einnehmen." Erklärend fügte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (4.6.2008), die diese nicht sonderlich sportlich klingende Weisheit abdruckte noch hinzu: "Faktum ist, dass der Verband den größten Teil der derzeit jährlich verbuchten Einnahmen in Höhe von 78,8 Millionen Euro mit den Auftritten der Nationalmannschaft erzielt." Jetzt aber, so wurde versichert, Sorge man erst einmal dafür, dass die Kuh ordentlich getränkt werde. Auf Mallorca gab man für das Trainingslager 800.000 aus, das Quartier während der EM kostet mindestens eine Million, eine weitere halbe verschlingen die Kosten für die umfangreichen Versicherungen und dann sei da noch ein Extraposten, der für das allgemeine Wohlbefinden der Kicker reserviert ist. Zum Beispiel sei der Wunsch aufgekommen, im Hotel zu pokern. Nachdem von der Obrigkeit klargestellt wurde, dass nicht um Geld gespielt werden dürfe, nun vermutlich Kinderspielchips oder Legosteine benutzt werden und auch alle hoch und heilig schworen, keine Geldscheine auf den Tisch zu stapeln, soll umgehend ein Pokertisch angeschafft worden sein. Diese Ausgabe aber wird niemanden stören, wenn Deutschland Europameister wird, denn dann könnte der bundesdeutsche Verband mit einer 23-Millionen-Euro-Überweisung von der europäischen Fußballföderation rechnen. Da jeder Verband, der mitspielt, schon 7,5 Millionen Euro „Startgeld“ kassiert hat, wären das summa summarum 30,5 Millionen Euro. Davon gingen die Prämien für die Spieler - 250.000 Euro für jeden beim Titelgewinn - ab und dazu noch die Prämien für die Trainer - der einzige Posten, über dessen Höhe keine Auskunft gegeben wurde. Wie auch immer, alle Positionen sind exakt kalkuliert. Während sich also die Fans kostümieren, Fahnen aus den Fenstern wehen lassen oder - ungeachtet des polizeilichen Verbots - auf dem Autodach verankern, gebannt vor den Fernsehschirmen sitzen, mitteilen, mitjubeln oder mittrauern, wird von den Medien pausenlos die Mär verbreitet, es ginge bei dieser Fußball-EM um Sport. Tatsächlich geht es aber ums Geld, bis hin zum Gewinn, der mit dem Verkauf der Autofahnen erzielt wird.

Briefkasten

AN DIE REDAKTION
VON „LEIPZIGS NEUE“

Liebe Freunde,

Von Dappert ist in Radsport die Rede, wenn ein neuer Streckenabschnitt gestartet wird. Bei "Leipzigs Neue" - sprich sich bis Magdeburg herum - steht eine neue Etappe auf dem Streckenplan. Dass Klaus Ulrich Huhn und ich uralte Freunde sind, hat sich auch herangesprochen. Also habe ich ihn gefragt, ob er auch die nächste Etappe mit in Angriff nimmt? Er hat nicht lange überlegt und ist in die Pedalen getreten. Mit seinen 58 Jahren wäre er wohl der älteste Sportredakteur, mehr er und das wäre ein triftiger sportlicher Grund. Käme noch hinzu, dass er helfen würde, ein linkes Blatt zu unterstützen und auch das wäre ein triftiger Grund. Ist gut, habe ich gesagt, sind genug Gründe und habe ihm die Hand geschüttelt. Bevor wir uns verabschiedeten, klingelte das zweite Telefon. In Polen wollen sie ein neues Schulbuch rausbringen und in dem soll auch die Friedensfahrt eine Rolle spielen. Und da haben sie ihn gefragt, ob er mit von der Partie ist. Weil: Er war 1950 schon dabei, als die erste DDR-Mannschaft dabei war und die hat mehr für deutsch-polnische Verständigung getan, als all die Klugredner, die heute die neuen Geschichten schreiben. Also: Er hat zu tun. Und denkt sich auch wieder für „LN“. Und das finde ich gut.

Wolfgang Adorf
Wolfgang Adorf

„Druck von links“

Zum 15-jährigen Bestehen von „LN“ unsere herzlichsten Glückwünsche. Als langjährige Leser danken wir Euch für die Gestaltung dieser hervorragenden linken Zeitung, die stets auf hohem Niveau zu allen wichtigen gesellschaftlichen Problemen klare Positionen vertritt. Besonders hervorzuheben ist, dass Ihr den Lesern viel Raum für Meinung und Anliegen gebt. Wir wünschen Euch für die kommenden Jahre viel Erfolg in der gesamten Bundesrepublik. Lasst Euch von den gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht beirren. „Leipzigs Neue“ soll auch künftig „Druck von links“ machen.

Solidarische Grüße
Familie Hartmann
Neubrandenburg

Bitte nicht aufgeben! Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren ...

Ralph Binder
04416 Markkleeberg

Die im BRIEFKASTEN von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die Redaktion

„Hauruck von rechts“

Altbundespräsident Herzog warnt vor einer Rentnerdemokratie (Unwort des Jahres 2008?); Die Rentner können so hohe Renten erhalten, dass „die Älteren die Jüngeren ausplündern“ (O-Ton Herzog). Er gesteht allenfalls eine einmalige Anhebung um 1,1 Prozent zu - ein Bruchteil dessen, was Inflation, höhere Mehrwertsteuer usw. ausmachen. Wieviel hat Herzog eigentlich als Beamter zur Finanzierung seiner fünfstelligen Pensionen als Bundespräsident, Bundesverfassungsrichter etc. eingezahlt? Er lebt als Pensionär von dem, was alle Steuerzahler (die jetzigen Rentner eingeschlossen) erarbeitet haben. Rentner, nicht Pensionäre, sind auch Tausende ostdeutscher Hochschullehrer, die ihre Tätigkeit zwischen 1995 und 2001 beendet haben. Nachdem sie unter weit schwierigeren fachlichen, ideologischen, technischen Bedingungen als ihre altbundesdeutschen Kollegen für Ausbildung und Forschung auf hohem und höchstem Niveau gesorgt haben, oft mit großen finanziellen Nachteilen, zumal, wenn sie sich in der DDR nicht als systemfremd hervorgetan hatten, erliete sie der Dank von „Deutschland einig Vaterland“. Sie erhalten Ost-Rente: etwa ein Drittel der Pension ihrer West-Kollegen, nachdem ihre Gehälter in Relation zu Hochschullehrern in der BRD schon immer viel niedriger waren. - Geld ist da, das zeigt die geplante Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung mit automatischem Inflationsausgleich...

Prof. Dr. Jürgen Werner
12619 Berlin

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 16. Juni, 19 Uhr, Leipzig
Podiumsdiskussion: *Feminisierung der Macht oder welches Land ist am emanzipiertesten?* Mit Dr. Astrid Franke, Johanna Ludwig und Prof. Dr. Wolfgang Fach. Veranstalter: Fachschaftsrat Geschichte, StudentInnenrat Universität Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. Juni, 10 Uhr, Leipzig
Kolloquium: *Die Linke und die Traditionen der Sozialdemokratie.* Mit Prof. Dr. Heinz Niemann, Berlin, Prof. Dr. Dieter Engelmann, Barby, Dr. Matthias John, Dr. Manfred Hötzel u. a. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. Juni, 19 Uhr, Dresden
Lesung und Gespräch: *Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist.* Mit Dr. Florence Hervé. Düsseldorf. Frauenbildungszentrum, Oskarstr. 1

Donnerstag, 19. Juni, 17.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Wassili Grossmann und sein regimekritischer Stalingradroman „Leben und Schicksal“.* Mit Prof. Dr. Willi Beitz, Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Dienstag, 24. Juni, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Jürgen Habermas versus Arnold Gehlen. Linke Kritik an einem konservativen Denken.* Mit Prof. Dr. Horst Pickert, Leipzig. Moderation: Dr. Alfred Mischlenz. ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 25. Juni, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *„Die Frauen (werden) mehr und mehr in die Bewegung hineingezogen.“ Zum 75. Todestag von Clara Zetkin.* In Zusammenarbeit mit der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 25. Juni, 18.30 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: *Energiemärkte – der geplatze Traum von Liberalisierung plus Privatisierung. Stehen kommunale Stadtwerke vor einer Renaissance?* Mit Dr. Cornelia Heintze, Stadtkämmerin a. D., Politologin und Coach, Leipzig.
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

19. 6., 16.30 Uhr, Rundtischgespräch: Freiheit des Denkens – ohne Grenzen?

Unsere Genossin Irene Flache beging am 29. Mai ihren 80. Geburtstag.

Wir gratulieren nachträglich ganz herzlich und wünschen dir, liebe Irene, für's neue Lebensjahrzehnt alles erdenklich Gute.

Unseren Geburtstagsgruß verbinden wir mit einem Dankeschön für deine langjährige politische Arbeit.

Deine Genossinnen und Genossen der BO 114/1 DIE LINKE

Theatrium

Leipzig, Militzter Allee 52

14. 6., 20 Uhr: Der letzte Ausweg. Jugendtheaterprojekt, P14
28. 6., 20 Uhr und 29. 6., 18 Uhr: GeMeInSaM-eInSaM. Jugendtanzprojekt, (P 13)

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

Joachim Mitdank: *Die DDR zwischen Gründung, Aufstieg und Verkauf.* Nora, 19,90 Euro

Bruno Preisendörfer: *Das Bildungsprivileg. Warum Chancengleichheit unerwünscht ist.* Eichborn, 16,95 Euro

Robert B. Reich: *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt.* Campus Verlag, 24,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Wir danken herzlichst allen, die uns in unserer schwierigen finanziellen Situation erneut mit Spenden unterstützt haben.

Sie haben uns geholfen zu entscheiden, LEIPZIGS NEUE als Monatszeitung fortzuführen.

Ihre LN-Redaktion und der Herausgeberverein Projekt Linke Zeitung e. V.



50. ND-Pressfest

13. bis 15. Juni 2008

Kulturbrauerei Berlin-Prenzlauer Berg
Schönhauser Allee 36

mit zahlreichen Veranstaltungen:
Konzerte, Politik, Lesungen, Party,
Theater, Kinderfest.

Zu erreichen mit U-Bahn: U2, S-Bahn: S42, S4, S8
Straßenbahn: 13, 53, 50, 20

„LEIPZIGS NEUE“ ist auch dabei!

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Normal-Abo

Studierenden-Abo

Probe-Abo

Internet-Abo

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5 Euro.



Ein Promille weniger blau... Jules Verne blickt anno 2008 auf die Erde

Jules Verne fuhr mit Professor Aronax in der Nautilus die Milchstraße entlang, als der lichtinduzierte Mikrokernschmelzofen seinen Geist aufgab.

„Schon das zweite Mal in diesem Jahrhundert, dass der Ofen versagt“, fluchte Aronax. Während der Roboter mit der Wartung begann, stellte Aronax sein galaktisches Scheinfernrohr auf, und ließ es auf die Erde gerichtet stehen.

„Sehen sie nur Jules, wie blass die Erde geworden ist, schon wieder ein Promille weniger blaue Farbe. Ob der Planet vor dem Untergang steht? – fragte Aronax.

Verne sah in die gleiche Richtung und murmelte in seinen kosmischen Bart: „Ja, das ist mir auch aufgefallen. Besonders die Strahlung im spektralen Resonanzbereich des Kohlendioxids weist auf einen steigenden Anteil hin, offensichtlich verbrennen die Menschen alles, was nur irgendwie brennt, obwohl die Sonne ein Mehrfaches des Verbrannten auf die Erde strahlt. Auch das Magnetfeld hat etwas nachgelassen.“

„Können sie sich noch an das Buch ‚Untergang der Erde‘ erinnern?, fragte Jules den Professor. „Ja, aber ihre Begründung war damals, die Erde geht doch nicht unter, nur weil sich dort die Menschen gegenseitig erschließen.“

„Das nicht, mein lieber Aronax, aber das Klima, das Klima, das könnte sie hinwegfegen. Ich habe inzwischen weiter darüber nachgedacht“, äußerte Jules Verne.

Und er begann laut zu denken: „Einst war die Erde eine rotierende glühende Gasmasse, dann wurde sie flüssig und später fest. Nur ihr rotierender Kern, wärmeisoliert von der Erdoberfläche und seiner Atmosphäre, blieb erhalten und flüssig. Sowohl der Druck der festen Erdschichten als auch der Atmosphäre auf den Kern, verbunden mit seinem Drehimpuls, gibt der Erde ihr Magnetfeld.“

Wenn die Atmosphäre die Schutzhülle gegen schädliche Lichtstrahlung und Meteoriten ist, da ist das Magnetfeld dasselbe gegen hochenergetische Teilchenströme aus dem Kosmos, insbesondere der Sonne, für den Menschen. Lebewesen brauchen also beide Schutzhüllen, um an der Evolution teilnehmen zu können. Scheinbar funktioniert Evolution nur ungestört, langfristig und ohne globale genetische Eingriffe von außen.

Nun aber haben die Menschen nur zwei Jahrhunderte gebraucht, um ihre Atmosphäre dra-

stisch zu verändern. Da der Anteil des CO2 gestiegen ist und die Luftmassen dadurch schwerer wurden, wuchs auch der Druck auf den Erdkern. Wahrscheinlich haben es die Menschen noch gar nicht bemerkt, denn der Luftdruck an der Erdoberfläche ist sozusagen ja immer der Nullpunkt jeder Druckmessung. Da die Luftschicht schwerer geworden ist, bewegt sie sich auch wesentlich träger, wodurch Wetterereignisse eher lokal zu erwarten sind.

Ist die träge Luftmasse aber erst einmal in Bewegung gesetzt worden, wirkt sie um so mehr. Eigentlich müssten auch durchschnittlich mehr seismische Aktivitäten zu erwarten sein, als vor etwa 200 Jahren. Infolge des höheren Druckes verliert der Erdkern schneller an Eigenrotation, wodurch das Magnetfeld abgeschwächt wird. In noch nicht absehbarer Zukunft kühlt sich der Erdkern schneller ab, da er sich stärker an den festen Erdschichten reibt und schwere Erdbeben eintreten können. Das ist ganz sicher ein sehr dynamischer Prozess, mit zeitweiligen Gleichgewichtszuständen, da die Rotation wiederum neue Schichten aufschmilzt, so etwa wie ein Tänzer der seinen Massenschwerpunkt ändert, wenn er sich schneller drehen möchte. Die seismischen Aktivitäten steigen zunächst an, weil die Erde schrumpft und die Erdplatten sich ineinander verhaken. Dann aber, wenn der Prozess abgeschlossen und der Kern erkaltet ist, erlöschen Vulkane für immer. Damit haben die Menschen weniger Erdbeben und können in den Kraterseen baden gehen. Da aber das Magnetfeld immer schwächer wird, könnte aber auch die Evolution zum Stillstand kommen. Ob, infolge der Teilchen, die die Menschen treffen werden, immer mehr genetische Defekte die Menschheit dahintraffen ist schwer vorher zu beurteilen.“

Jetzt schwieg Jules. „Das ist ja ein selbstprogrammiertes Ende“, stellte Aronax entgeistert fest. „Soweit ich weiß, arbeitet man auf der Erde an der gesteuerten Kernfusion, aber wenn das Magnetfeld verschwindet, ist ja alles umsonst!“

„Sie sagen es, mein lieber Aronax, fragt sich nur, wer die Letzten sein werden und wer die Ersten nach etlichen Lichtzeitjahren, die Selben sind es hoffentlich nimmer wieder, die Gleichen sollten fern bleiben.“

„Da können wir ja froh sein, noch rechtzeitig den Absprung geschafft zu haben.“, meinte Aronax nachdenklich. • **JOCHEN SINGER**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Eine Gesellschaft, die Oberflächlichkeit zur Maxime erhebt, setzt eine ganze Generation unter Druck.

Magazin „Mona Lisa“ zum propagierten Model-Wahn der Medien. ZDF 1. 6.

Wir leben in Deutschland in einer Parteiendiktatur unter der Fuchtel der Wirtschaft.

Hörermeinung, DLF 2. 6.

Man darf Hymnen und Flaggen nicht nur rechtsradikalen Arschlöchern überlassen.

Wetterprophet Kachelmann bei „Maischberger“, ARD 3. 6.

Laut einer Studie der Stuttgarter Universität zur Internetnutzung wuchs die Zahl der Deutschen, die im Internet Waren und Dienstleistungen einkaufen in den vergangenen zehn Jahren von 600 000 auf derzeit 33 Millionen an.

dpa 2. 6

700 000 Jugendliche leiden in Deutschland an Computerspielsucht.

arte 3. 6.

Zwingt Klo zur Wende? Die defekte Toilette auf der Internatio-

nenal Raumstation ISS könnte die Besatzung zwingen, schon früher auf die Erde zurückzukehren.

AFP 3. 6.

Das Drama um den Aufbau -Verlag ist eine Spätfolge der verfehlten Einheits-Politik.

WZ Freitag, 6. 6.

Mit technischen Maßnahmen kann man sich gegen Bespitzelung schützen. Doch wenn Telekommunikationsdienstleister wie die Deutsche Telekom selber schnüffeln, ist man doch nahezu machtlos.

ND 6. 6.

Schon vor Hunderttausenden von Jahren hatte der Mensch Freude daran, Gegenstände mit Fußstritten in rasche Bewegungen zu versetzen.

Loriot in LVZ 7./ 8. 6.

In Amerika werden zur Zeit die Familien Bush und Clinton abgewickelt. Die meisten Leute haben deren Machtspiele satt.

Presseclub, ARD 8. 6.

ENTDECKT VON SIEGFRIED KAHL

Leipziger Silbenrätsel

a-al-ber-bert-e-fel-hal-le-le-le-lym-ma-markt-nah-neu-o-pi-sche-si-tho-us.

Die Anfangsbuchstaben ergeben den Familiennamen eines berühmten Leipziger Apothekers.

- | | |
|--|-------|
| 1.) Leipziger Konditor(1798-1867) | |
| 2.) Leipziger Kino (1965 geschlossen) | |
| 3.) Leipziger Adresse im Zentrum | |
| 4.) Leipziger Philosoph(1622-1684) | |
| 5.) Leipziger Kulturstätte (1943 zerstört) | |
| 6.) Leipziger Wasserlauf (400 m lang) | |
| 7.) Leipziger Schauspieler | |

Auflösung 10/08: **staackmann-thekla-altendorff-dorotheenplatz-tivoli-fregehaus-ugi-neumann-kleinmesse (Stadtfunk)**

PS: Beim Frühstück meinte doch ein Brötchen zu einem Schwarzbrot, ... sie sind wohl nicht ganz bei Toast.

(Mic)

Reinhard Lochners neue Weisheiten (anno 2008)

Als Adam jung war, schämte er sich seiner

rosigen Wangen, als er zum Mann herangereift war, seiner Falten, und als Greis seines Doppelkinns. Und so schuf Gott den Bart.

Daniel Sanders alte Weisheiten (anno 1852)

Es ist und bleibt die deutsche Art, zu streiten um des Kaisers Bart.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Michael Zock

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

9. Juni 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 27. Juni 2008

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40